

Programm zur Regionswahl 2006

**Beschlossen von der Mitgliederversammlung des Regionsverbandes Hannover,
am 22.04.2006**

5

10

Regionswahl 2006

Die Region: Nur mit Grün!

15

Programm von Bündnis 90/Die Grünen zur Regionswahl 2006

20

20 **Präambel**

Die Region: Nur mit Grün

25 Die Gründung der Region Hannover im Jahre 2001 ist ein bundesweit einzigartiges Projekt. Durch die Auflösung des Landkreises, des Kommunalverbandes (KGH) und die Abgabe von Aufgaben der Landeshauptstadt Hannover ist eine neue, leistungsfähige, bürgerInnennahe kommunale Gebietskörperschaft entstanden.

30 An diesem Prozess haben sich Bündnis/Die Grünen aktiv beteiligt. Die Ergebnisse können sich sehen lassen:

- Die Bildung der Klinikum Hannover GmbH in öffentlicher Trägerschaft gewährleistet eine medizinisch hochwertige Gesundheitsversorgung in den 12 regionalen Krankenhäusern mit 3100 Betten und über 8000 Beschäftigten.
- Mit der Gründung der ARGE ist in 15 dezentralen Jobcentern eine wohnortnahe Betreuungsstruktur für Arbeitslosengeld II-BezieherInnen entstanden. Damit wurde eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um Jugendlichen unter 25 Jahren künftig sofort nach Antragstellung einen Ausbildungsplatz oder eine Qualifizierungsmaßnahme vermitteln zu können.
- Die Abfallwirtschaft wurde regionalisiert. Es ist eine leistungsfähige und umweltfreundliche Abfallentsorgung entstanden. Mit dem Bau der Biologischen Anlage wird die Müllverbrennung auf das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß reduziert. Die Müllgebühren sind stabil und bundesweit im unteren Bereich.
- Trotz schwieriger Haushaltsslage konnte die hohe Qualität im öffentlichen Nahverkehr gesichert werden. Mit den Stadtbahnverlängerungen nach Altwarmbüchen, dem Bau der Umsteigeanlage Hannover-Linden und der Einführung von Regionaltarifen mit Celle, Nienburg und Schaumburg wurde der Nahverkehr ausgebaut.
- Im Klimaschutz ist die Region bundesweit führend. Es sind in den vergangenen Jahren über 3000 Arbeitsplätze entstanden. Die Förderung von regenerativen Energien und die energetische Sanierung füllt die Auftragsbücher des regionalen Handwerks. Jeder Euro an öffentlichen Mitteln mobilisiert 7 Euro an Folgeinvestitionen. Die Klimaschutzagentur der Region Hannover trägt dazu bei, das Ziel der Senkung der CO 2-Emissionen um 40% bis zum Jahr 2020 zu erreichen.
- Durch die Bildung der Region wurde die Verwaltung schlanker und kostengünstiger. Doppelstrukturen wurden abgebaut, die Beteiligungen reorganisiert, die Sparkassen haben fusioniert, die Defizite wurden deutlich gemindert.

55 Doch es gibt noch viel zu tun. In der nächsten Wahlperiode werden sich Bündnis 90/Die Grünen weiter für eine soziale und ökologische Region einsetzen. Unser wichtigsten Ziele sind die Schaffung einer familienfreundlichen Region, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, mehr Klimaschutz und eine regionale Gesundheitsversorgung für alle.

60 **Wir fordern:**

Kinder in den Mittelpunkt: Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

65 Wir fordern mindestens ein beitragsfreies Kinderbetreuungsjahr in der Region. Die Region muss bei der Schaffung neuer Betreuungsmöglichkeiten für unter 3-Jährige und der Ganztagsbetreuung ihre Anstrengungen verstärken. Die Möglichkeiten betrieblicher oder betriebsnaher Unterbringung müssen ausgebaut werden. Wir streben die Einrichtung von 1.500 neuen Tagespflegeplätzen an. Arbeitslose mit Kindern müssen bei Bedarf bei der Aufnahme einer Arbeit oder einer Qualifizierungsmaßnahme einen Betreuungsplatz durch die Region bekommen.

Ausbildung fördern, Arbeitslosigkeit bekämpfen, Armut vorbeugen

- 75 Wir wollen mit Lohnkostenzuschüssen die Vermittlung von Arbeitslosen in den 1. Arbeitsmarkt fördern. Wir wollen Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose statt Sozialgeld. Statt Warteschleifen in einjährigen Berufsfachschulen wollen wir, dass die Berufsschulen auch eigenständig ausbilden. Durch Sonderprogramme soll Alleinerziehenden der Wiedereinstieg in den Beruf ermöglicht werden. Wir streben an, jedem Antragssteller von Arbeitslosengeld II innerhalb einer Woche ein qualifiziertes
- 80 Beratungsgespräch zu garantieren. Ab 2008 soll es ein kostengünstiges Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr geben.

Klimaschutz schafft Arbeitsplätze, spart Kosten, schützt die Umwelt

- 85 Klimaschutz ist Zukunftsaufgabe. Um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, muss der Ausstoß von Treibhausgasen drastisch vermindert werden. Wir wollen die führende Position der Region beim Klimaschutz ausbauen. Klimaschutz ist das Zukunftsprogramm für die mittelständische Wirtschaft. Klimaschutz nützt nicht nur der Umwelt, sondern schafft Arbeitsplätze und senkt die Energiekosten für VerbraucherInnen und Betriebe. Wir streben die Verfünffachung der regionalen Fördermittel für den Klimaschutz an, z.B. für die
- 90 energetische Sanierung im Bestand auf 1 Mio. Euro jährlich.

Eine regionale Gesundheitsversorgung für alle

- 95 Das Klinikum der Region Hannover muss in öffentlicher Trägerschaft bleiben. Um eine hochwertige medizinische Leistungs- und Angebotsversorgung planen zu können, muss diese Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge von der Region wahrgenommen werden. Wir streben den Erhalt der Krankenhausstandorte im Umland an für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung in Gesundheitszentren, die stationäre und ambulante Angebote miteinander verzahnen.

100 *Am 10. September alle Stimmen für Bündnis 90/Die Grünen*

- 105 Bündnis 90/Die Grünen wollen auch in anderen Bereichen die Region weiter voranbringen und gestalten. Wir wollen einen umweltfreundlichen kundenorientierten öffentlichen Nahverkehr, größere Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern, den Ausbau der Naherholung, die Weiterführung des Verwaltungsreformprozesses, eine Regionalplanung, die die Interessen der 21 Kommunen berücksichtigt und eine nachhaltige kostensparende Finanzwirtschaft.

Wir bitten Sie daher um Ihre Stimme. Machen Sie die Grünen stark, damit wir diese Ziele verwirklichen können. Für eine starke Region Hannover im Europa der Zukunft.

110

Die Region: Bürgernah, dienstleistungsorientiert, modern und effizient.

Finanzen, Personal, Verwaltungsreform und Organisation der Regionsverwaltung

115

Mit der Gründung der Region Hannover ist ein bundesweit einzigartiges Modellprojekt geschaffen worden: Durch Auflösung des Landkreises und des Kommunalverbandes Hannover (KGH) und die Übertragung von Aufgaben der Landeshauptstadt Hannover, wie beispielsweise die Zuständigkeit für soziale und gesundheitlichen Belange ist eine neue, schlanke und effektive Verwaltungsstruktur entstanden. Nicht mehr neben- oder gegeneinander, sondern miteinander wird nun in der Region gehandelt. Zudem sorgt die Region für einen finanziellen Ausgleich zwischen den starken und nicht so starken Kommunen. Durch die zahlreichen Synergieeffekte können zusätzlich viele Verwaltungsabläufe effektiver und kostengünstiger erledigt werden.

125

Dabei konnten wir in der Wahlperiode 2001-2006 viel erreichen:

- Kreis- und Stadtsparkasse wurden zur Sparkasse Hannover fusioniert.
- Die Abfallwirtschaft wurde regionalisiert. Mit der Gründung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft (aha) konnte die öffentliche Trägerschaft erhalten bleiben.
- Die Beteiligungen der Region wurden neu aufgestellt und die Defizite reduziert: das Technologiezentrum Hannover (TCH) neuorganisiert, die Hannover Region Beschäftigungsgesellschaft (HRB) aufgelöst, hannover.de zusammen mit der Landeshauptstadt Hannover (LHH) gegründet.
- Die 6 Landkreis- und die 6 städtischen Krankenhäuser wurden im Klinikum Hannover GmbH zusammengeführt, die öffentliche Trägerschaft konnte erhalten bleiben.
- Die Defizite der Verkehrsträger wie Üstra und Regiobus wurden reduziert.
- Trotz Einsparungen von über 300 Stellen konnten betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden.
- Seit 2002 bezieht die Region Hannover zusammen mit der LHH atomstromfreien Strom von den Stadtwerken Hannover.
- Mit der Einführung eines Energiemanagements werden nicht nur Kosten gespart, sondern wird auch die Umwelt geschützt.

Das öffentliche Eigentum schützen – Keine Privatisierung bei der Daseinsvorsorge

145

Bündnis 90/Die Grünen wollen der drohenden Privatisierung von öffentlichen Aufgaben vorbeugen. Der Einfluss der Region über Umfang und Inhalt von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, z.B. bei der Gesundheitsversorgung, muss erhalten bleiben.

Wir fordern:

150

- Aufgaben der Daseinsvorsorge wie die Regionskrankenhäuser und die Abfallwirtschaft müssen in öffentlicher Trägerschaft bleiben, da eine den öffentlichen Interessen dienende Steuerung erfolgen muss. Wir werden beweisen, dass öffentliche Unternehmen kostendeckend und effizient arbeiten.
- Die öffentliche Hand muss ihre Kompetenzen erweitern: Daher fordern wir verstärkte Kooperation mit privaten Investoren und die Erprobung neuer Finanzierungsmodelle wie PPP (private public partnership) oder anderer Verfahren.

Finanzen und Beteiligungen: Sparsam wirtschaften, Verlässlichkeit schaffen.

160

Auch die Region Hannover leidet unter der Krise der öffentlichen Haushalte. Gerade die Kommunen mussten in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Aufgaben übernehmen ohne dafür von Bund und Land einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu bekommen. Zwar konnte das laufende Defizit verringert werden, allein wird die Region aber ihre Finanzprobleme nicht lösen können.

165

Wir fordern:

- Eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung: Die begonnene Haushaltskonsolidierung muss weitergeführt werden, die eigenen Anstrengungen zur Defizitreduzierung müssen verstärkt werden
- Einnahmen verbessern: Die Regionsumlage sollte an die Sozialausgaben der Region gekoppelt werden. Aus den Veränderungen der Soziallasten sollte die daraus resultierende Berechnung der Hebesätze des Anteils am Steueraufkommen der 21 Kommunen erfolgen.
- 170 - Abschluss von mehrjährigen Leistungs- und Zuwendungsvereinbarungen zur besseren Steuerung der Aufgaben.
- Weiterführung des Fusionsprozesses der Sparkasse Hannover.
- Senkung der Zuschussbedarfe für den öffentlichen Nahverkehr durch Weiterführung der Neuordnung der Verkehrsträger.
- 175 - Höhere Gewinnabführung der Tochtergesellschaften (Sparkasse, KSG) an die Region zur Haushaltsentlastung.
- Trotz schwieriger Haushaltssituation müssen die Beihilfen für Initiativen, Verbände und freie Träger auf dem Stand von 2006 erhalten bleiben.

180 Verwaltungsreform umsetzen: Für eine moderne, leistungsfähige und bürgerorientierte Regionsverwaltung:

Mit der Regionsgründung ist der Prozess der Verwaltungsreform nicht vollendet worden. Gerade in Bezug auf die Effektivität und Bürgerorientierung der Verwaltung, muss noch viel getan werden.

190 Wir fordern:

- Die Finanzwirtschaft modernisieren: Einführung der doppelte Buchführung (Doppik) auch in der Verwaltung, Einführung eines Produkthaushaltes mit Kennzahlen, die Auskünfte über die mit den öffentlichen Geldern erbrachten Leistungen geben.
- 195 - Effizient und Mitarbeiterorientiert: Verstärkte Einführung des Neuen Steuerungsmodells, Einführung einer dezentralen Ressourcenbewirtschaftung und Stärkung des eigenverantwortlichen Handelns der RegionsmitarbeiterInnen.
- Das Gold in den Köpfen der Mitarbeiter nutzen: Verstärkte Einführung von Team-, Organisations- und Führungskräfteentwicklung.
- 200 - Lebenslanges Lernen: Verbesserung der Fortbildungsmöglichkeiten der MitarbeiterInnen, Weiterführung der persönlichen Fortbildungsbudgets.
- Flexibilität erproben: Einführung und Ausweitung neuer Arbeitsformen und Arbeitszeitmodelle wie die Telearbeit gerade für Menschen mit Kindern.
- Gleichstellung realisieren: Verstärkte Besetzung von Führungspositionen mit qualifizierten Frauen.
- 205 - Regionsbewusstsein schaffen: Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zur besseren Information über die Leistungen und Aufgaben der Region Hannover.
- Qualität sichern: Qualitätsmanagementprozesse in der Verwaltung einführen.
- Arbeitsplatzsicherheit garantieren: Keine betriebsbedingten Kündigungen in der Regionsverwaltung.

215 Bürgerbeteiligung und Bürgerfreundlichkeit schaffen, moderne Technik nutzen

Öffentliche Verwaltungen sind Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger. Nicht die Logik der Verwaltung darf Maßstab des Handelns sein, sondern die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger.

Wir fordern:

- Qualität verbessern: Einführung eines Beschwerde- und Ideenmanagements.
- Konflikte vermeiden – Kompetenz einbeziehen: Beteiligung von BürgerInnen, Verbänden und Interessengruppen an Entscheidungsprozessen (wie bei den Pflegekonferenzen).

- Nicht die Bürger, sondern die Akten müssen laufen: Erhalt und Ausbau der dezentralen Beratungs- und Betreuungsangebote vor Ort(wie bei der Dezentralisierung der KFZ-Anmeldung).
- Kundenorientiert handeln: BürgerInnenfreundliche Öffnungs- und Nutzungszeiten.
- Informationen öffentlich machen: Verbesserung der Onlinedienste und transparente Informationsbereitstellung im Internet unter hannover.de

225 **Energiemanagement: Kosten sparen, Umwelt schützen, Arbeit schaffen**
Die steigenden Energiekosten treffen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern sind zu auch in öffentlichen Verwaltungen zu einem erheblichen Kostenfaktor geworden.

Wir fordern:

- Weiterführung des Energiemanagements: Belohnung von Energiesparen in den Einrichtungen der Region.
- Öffentliche Ausschreibung der Energielieferung unter Ausschluss von Atomenergie und mindestens 10% Strom aus regenerativen Energien.
- Fortführung des Programms zur energetischen Sanierung.
- Fortführung von Modellen des "Einsparcontractings" mit Investoren aus des Energiewirtschaft.
- Einführung des Passivhausstandards für alle Neubauten und bezuschusste Bauvorhaben.
- Geeignete Dachflächen öffentlicher Gebäude sollen zur Energiegewinnung zur Verfügung gestellt werden.
- Alle Verwaltungseinheiten der Region sollen ein Öko-Audit-Verfahren durchführen und ein Umweltverträglichkeitskonzept für Beschaffungsvorgänge entwickeln.

Geschlechtergerechtigkeit durchsetzen

Frauen- und Gleichstellungspolitik

- 250 Noch immer sind Frauen auf der obersten Führungsebene eine Ausnahme, die Machtunterschiede und die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern sind längst nicht abgebaut. Bündnis 90 / Die Grünen stehen für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Die Teilhabe an Bildung, Arbeit, Einkommen und Eigentum, an gesellschaftlicher und politischer Gestaltungsmacht muss gerecht zwischen den Geschlechtern geteilt werden. Dabei geht es nicht nur um die gerechte Beteiligung der Frauen an den gesellschaftlichen Gütern, sondern auch um die gerechte Teilnahme der Männer an der Familienarbeit und damit letztlich auch um den Abbau von traditionellen Rollenvorstellungen.
- 255
- 260 Frauenpolitik war und ist von Anfang an ein wesentlicher Inhalt grüner Politik. Sie ist eine Querschnittsaufgabe mit dem Ziel, das Lebensumfeld von Frauen und Männern so zu gestalten, dass es der Vielfalt an Lebenslagen entspricht. Laut Beschluss der Regionsversammlung ist die Gleichstellung Leitprinzip und soll bei allen Maßnahmen der Region gefördert werden. In der Umsetzung gibt es noch beträchtlichen Handlungsbedarf.
- 265

Wir fordern:

- Durchgängige Anwendung des „Gender Mainstreaming“: Geschlechterdifferenzierte Datenerhebung und –auswertung in allen Fachbereichen, Genderbeauftragte, gleichstellungsorientierte Fortbildungsmaßnahmen und Personalentwicklungskonzepte.
- Erhöhung des Anteils von Frauen in leitenden Funktionen: Ziel ist die Quotierung aller Leitungspositionen der Dezernate, Fachbereiche und Teams; weitere Durchführung von Mentoring-Projekten zur beruflichen Förderung von Mitarbeiterinnen.
- Erhöhung der finanziellen Mittel für Maßnahmen zur Gleichstellung in der Verwaltung, z.B. für Fortbildungen,
- Einführung eines Gleichstellungscontrollings, das alle drei Jahre die erfolgten Maßnahmen darstellt und bewertet.
- geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und Jungen in der Jugendarbeit.
- Unterstützung von Maßnahmen zum Aufbrechen von geschlechtsspezifischen Berufswahlorientierungen: Mädchen für technische und Jungen für soziale Berufe interessieren.
- gezielte Maßnahmen der Qualifizierung und Arbeitsförderung für arbeitslose Frauen
- Einen Regionalen „Frauenförderpreis Wirtschaft“ als Anreiz für Unternehmen, Frauenförderung zu betreiben.
- Unterstützung von Unternehmerinnen- und Frauengewerbezentren.

Gender Mainstreaming ist eine Strategie zur Herstellung von Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Danach muss vor jeder Entscheidung geprüft werden, welche Auswirkungen diese jeweils auf Frauen und Männer hat. Frauenförderung wird dadurch nicht unnötig, sondern bleibt notwendig um bestehende Ungleichheiten

- 270
- 275
- 280
- 285
- 290
- 295
- 300
- #### Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern
- Geschlechtergerechtigkeit existiert erst dann, wenn die Sicherheit einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung allen Frauen und Männern eine eigenständige Lebensplanung mit Kindern ermöglicht. Deshalb muss das Angebot an Kinderbetreuung insbesondere ganztags, für unter-3-Jährige sowie für Schulkinder deutlich erhöht werden. Daneben ist eine familienorientierte Personalpolitik in Betrieben und Verwaltungen erforderlich.
- Die Region Hannover hat 2004 zusammen mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und Betrieben das Bündnis für Familien gegründet, um durch gute Beispiele

Firmen sowie Städte und Gemeinden für eine Verbesserung der Bedingungen für das Leben mit Kindern zu gewinnen.

305 In der Regionsverwaltung selbst existiert eine flexible Arbeitszeitregelung, ist das Projekt Telearbeit ausgeweitet worden und wird in den Sommerferien die Betreuung von Kindern von Beschäftigten angeboten. Die erfolgreiche Arbeit der Koordinierungsstelle Frau und Beruf, die insbesondere Frauen berät, die wieder ins Berufsleben einsteigen wollen, wurde weitergeführt. Der bisher erreichte Standard an Familienfreundlichkeit soll durch ein Auditierungsverfahren überprüft und verbessert werden.

310

Wir fordern:

- Familienfreundliche Regionsverwaltung: individuelle Arbeitszeitmodelle, Teilzeitarbeit auch für Führungskräfte, Kontaktthalteprogramm für Beschäftigte in Elternzeit, um die Wiedereingliederung in den Beruf zu erleichtern.
- Ausbau der Kinderbetreuung: Mehr Ganztagsplätze und Plätze für Kinder unter drei Jahren, sowie mehr Hortplätze.
- Jeder/m alleinerziehenden/m Arbeitslosen, die/der eine Arbeit oder Qualifizierungsmaßnahme aufnimmt, muss eine Kinderbetreuung garantiert werden.

315

320 Frauenberatung fördern / Frauen vor Gewalt schützen

Der Schutz vor allen Formen von geschlechtspezifischer Gewalt ist ein wichtiges Ziel bündnisgrüner Politik. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass entsprechende Beratungsangebote und Zufluchtmöglichkeiten flächendeckend zur Verfügung stehen. Es ist gelungen, trotz schwieriger Haushaltslage die dafür bereit gestellten Mittel zu erhöhen, 325 so dass das Gewaltschutzgesetz nun auch im Umland umgesetzt wird und alle Beratungsstellen, die regional arbeiten, zumindest mit einem kleinen Betrag in die Förderung aufgenommen wurden.

325

Wir fordern:

- Förderung der Beratungsstellen für Frauen und Mädchen von regionaler Bedeutung unter Berücksichtigung der Vielfalt der Träger, keine Einsparungen im Haushalt zu Lasten von Frauenberatungsstellen und Frauenhäusern.
- Zufluchtsstätte für von Gewalt betroffene Mädchen.
- Unterstützung von Beratungsangeboten für Migrantinnen.
- Finanzielle Sicherung der Arbeit des Frauengesundheitszentrums.

335

Eine Region für alle: Beschäftigung fördern, Armut vermeiden

Grüne Sozialpolitik für die Region

- 340 Bündnis 90/Die Grünen treten dafür ein allen Menschen die Teilhabe an der Gemeinschaft zu ermöglichen. Wir kämpfen gegen soziale Ausgrenzung und Armut. Unsere besondere Beachtung haben dabei die Probleme von Alleinerziehenden, Erwerbslosen, jungen Menschen und Behinderten - Armut und soziale Ausgrenzung greifen dort Raum, wo Menschen kaum Chancen haben an Erwerbsarbeit bzw. sinnvolle Beschäftigung zu gelangen.
- 345 Die Region Hannover als örtlicher Träger der Sozialhilfe und der damit verbundenen Zuständigkeit für die sozialen Belange in der Region hat dabei eine besondere
- 350 Verantwortung. Die Region ist zuständig für die Grundsicherung im Alter, die Hilfe zur Pflege, die Pflegeplanung, die Eingliederungshilfen für behinderte Menschen und verantwortlich für die Auszahlung der Unterkunftskosten der Arbeitslosengeld II-Bezieher. Zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit ist es außerdem ihre Aufgabe Arbeitslose zu qualifizieren und möglichst in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.
- 355 Durch die Finanzierung des Sozialhaushaltes über die Regionsumlage der 21 regionsangehörigen Städte und Gemeinden ist ein bundesweit einzigartiges Modell des sozialen Ausgleichs zwischen Stadt und Land geschaffen worden: Alle Kommunen kommen dabei auch für die gesamten sozialen Lasten auf, egal ob diese vor Ort anfallen. Insgesamt werden pro Jahr für über 700 Mio. Euro soziale Leistungen durch die Region erbracht.
- 360 In der Wahlperiode 2001-2006 haben wir uns erfolgreich für eine soziale Region eingesetzt. So konnten wir erreichen, dass die Gelder für das Programm „Hilfe zur Arbeit“ nicht gekürzt wurden und regionsweit nach gleichen Förderrichtlinien vergeben wurden. Erfolgreich waren wir auch bei der Einführung einer regionsweiten Mobilitätshilfe für schwerstbehinderte
- 365 Menschen. Mit der Erstellung eines Pflegeberichtes und eines Sozialberichtes sind die Grundlagen für eine bessere Planung gelegt worden.
- Wichtigste Aufgabe war die Umsetzung der SGB II-Veränderungen im Rahmen der Hartz-IV-Reform in der Region. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe galt es, eine völlig neue Beratungsstruktur aufzubauen. Dabei haben wir erfolgreich dafür gesorgt,
- 370 dass im Rahmen der Gründung der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) die Betreuung in 15 dezentralen wohnortnahmen Job-Centern vor Ort erfolgt, um den Betroffenen lange Wege zu ersparen. Damit wurde eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um Jugendlichen unter 25 Jahren künftig sofort nach Antragstellung einen Ausbildungsplatz oder eine Qualifizierungsmaßnahme vermitteln zu können.
- 375 Trotzdem muss in diesem Bereich noch viel getan werden: Gerade die Vermittlungsqualität der ARGE muss weiter verbessert werden: Ziel muss es sein möglichst viele Menschen in Arbeit oder Qualifizierung zu vermitteln.
- 380 **Grüne Forderungen zur Beschäftigungspolitik in der Region:**
- Arbeit statt Warteschleifen: Vorrangige Vermittlung der Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt – Aktiver Einsatz von Lohnkostenzuschüssen für Arbeitgeber.
 - Qualifizierung zuerst: Ausreichende Weiterbildungs- und Ausbildungsangebote für die Betroffenen – 1 Euro Jobs nur als letztes Mittel.
 - Arbeit und Qualifizierung statt Sozialgeld: Sofortvermittlung von unter 25-Jährigen.
 - Den Wiedereinstieg ermöglichen: Verstärkte Förderung von Alleinerziehenden, Ausbau der Kinderbetreuung.
 - Vorhandene Kompetenzen nutzen: Langfristige Beschäftigungsmöglichkeiten für über 55-jährige.
 - Kundenorientierung schaffen: Optimierung der Betreuungsstrukturen in den Jobcentern: Jede/r Antragsteller/in soll innerhalb von sechs Tagen eine qualifizierte Beratung erhalten. Sofern kein Arbeitsplatz vermittelt werden kann, soll eine geeignete Qualifizierungsmaßnahme angeboten werden.

- 395 - Regionale Kompetenz nutzen: Verstärkte Zusammenarbeit mit den regionalen Beschäftigungsträgern, z.B. bei der Angebotsentwicklung und den Qualifizierungsplänen für Arbeitslose.
- Hilfe vor Ort: Erhalt der wohnortnahmen und bedarfsorientierten Angebotsstruktur in den dezentralen Jobcentern.
- 400 - Neue Modelle erproben: Förderung von Ausbildung z. B. durch Unterstützung von Ausbildungsverbünden und Jugendwerkstätten.
- Mobilität sichern: Für ein günstiges Sozialticket für Arbeitslosengeld II-Bezieher.
- Interessen vertreten: Schaffung einer Ombudsstelle bei der ARGE als Anwalt der Betroffenen.
- 405 **Die soziale Region schaffen**
Über den Bereich der Beschäftigungspolitik hinaus hat die Region eine Reihe von weiteren Aufgaben im Bereich der Sozialpolitik: Behindertenhilfe, sozialer Wohnungsbau, Pflegeplanung für ältere Menschen, soziale Betreuung und Schuldnerberatung, um die wichtigsten zu nennen.
- 410 **Wir fordern:**
- Ausbau ambulanter Hilfen für ältere Menschen statt Aufnahme im Pflegeheim.
 - Absicherung des sozialen Wohnungsbaus.
 - Unterstützung von mobilen aufsuchenden Ansätzen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit, durch "Begleitetes Wohnen" oder „Betreutes Wohnen“.
 - Maßnahmen gegen die dauerhafte Unterbringung von Obdachlosen in Unterkunftsgebieten.
 - Ausbau des bestehenden Netzes von Schuldnerberatungsstellen.
 - Umstellung der Beihilfen im Sozialbereich auf mehrjährige Leistungsvereinbarungen mit den freien Trägern und Finanzierung aus den Ansätzen des Sozialhaushaltes.
 - Unterstützung des Seniorenbeirates der Region Hannover.
 - Erstellung eines Konzeptes zur besseren Steuerung der Eingliederungshilfen für behinderte Menschen.
- 425 **Grüne Behindertenpolitik in der Region: Teilhabe am Leben ermöglichen**
Menschen mit Behinderungen muss die Teilhabe am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Neben den kommunalen Anstrengungen muss auch in Zukunft die Region ihren Beitrag dazu leisten.
- 430 **Wir fordern:**
- Erhalt der Hilfen für den behindertengereichten Ausbau von Wohnungen für behinderte Menschen.
 - Weiterführung des behindertengerechten Ausbaus des öffentlichen Nahverkehr, behindertengerechte Ausstattung von allen Bussen und Bahnen.
 - 435 - Weiterführung der regionalen Mobilitätshilfe für Schwerstbehinderte. Überprüfung der bisherigen Richtlinien durch Befragung der Betroffenen.
 - Einbeziehung von Behindertenvertretern bei Planungen, z.B. Sozial- und Pflegeplanung.

Integration fördern

Zuwanderung und Migration

- 440 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Etwa 10% der Bevölkerung in der Region Hannover sind nichtdeutscher Herkunft. Für eine international offene Region Hannover ist dies ein Gewinn. Integration ist eine Herausforderung für die Politik und muss aktiv gestaltet werden. Die Grünen verfolgen eine Politik der Integration, die die Herstellung von Chancengleichheit für alle sozialen und ethnischen Gruppen in der Region Hannover zum Ziel hat.
- 445 Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle politischen Felder und Ebenen angeht und auch dort integriert und verankert ist. Darüber hinaus sind Sprache, Ausbildung, Beschäftigung und gesellschaftlicher Dialog zentrale Handlungsfelder.
- 450 Demokratie braucht Partizipation. Bündnis90/Die Grünen halten eine starke Interessenvertretung für Migranten für unerlässlich. Seit Jahrzehnten leben Menschen aus der ganzen Welt in der Region Hannover, unser Zusammenleben ist Ausdruck gelungener Integration. Aus diesem Potential müssen wir schöpfen, um anstehende Probleme zu lösen.

Wir fordern:

- 455
- Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankern**
- Entwicklung einer Antidiskriminierungsrichtlinie für die Regionsverwaltung
 - Stärkung der interkulturellen Kompetenz der MitarbeiterInnen durch entsprechende Fortbildungen.
 - Erarbeitung eines Konzeptes zur Reform der Ausländerstellen, um sie zu einer kundenfreundlichen Behörde mit zentralem Serviceangebot umzugestalten.
 - Entwicklung von Einstellungskriterien, die die Einstellung von MigrantInnen fördern.

- 465
- Maßnahmen in den Handlungsfeldern Sprache, Ausbildung, Beschäftigung und gesellschaftlichem Dialog**
- Weiterführung der von Rot-grün geschaffenen Existenzgründungsberatung für MigrantInnen durch die Region.
 - Beschäftigungsförderung für MigrantInnen.
 - Erhöhung der Ausbildungsquote in Betrieben unter Leitung Zugewanderter
 - Intensivierung der Sprachförderung für Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund.
 - Verbesserung des Zugangs zur sozialen und gesundheitlichen Versorgung.
 - Aktivierung zugewanderter Bürgerinnen und Bürger als Sachverständige für Migrationsfragen,
 - Zusammenarbeit mit Selbstorganisationseinrichtungen von Zugewanderten
 - Förderung von Aktivitäten, die auf bürgerschaftliches Engagement und Integration setzen.
 - Entwicklung eines regionsweiten Konzeptes zur Stärkung und Bekanntmachung von innovativen Integrationsprojekten (Best Practice).

480

Förderung von Kinder- und Jugendlichen ist Zukunftsaufgabe: Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt Grüne Kinder und Jugendpolitik

- 485 Grünes Ziel ist es, eine kinderfreundliche Gesellschaft zu schaffen, die Kinder in den Mittelpunkt stellt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Nur so ist gewährleistet, dass unsere Gesellschaft nicht noch mehr überaltert. Jungen Familien gilt daher unsere besondere Unterstützung.
- 490 Alle Kinder und Jugendlichen haben das Recht auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. Sie sollen daher frühzeitig den sozialen Umgang miteinander lernen. Das erhöht nicht nur ihre persönlichen Chancen und einem besseren Zugang zur Bildung, sondern sorgt dafür, dass Probleme von Kindern und Jugendlichen frühzeitig erkannt und gegengesteuert werden kann.
- 495 Die Region Hannover ist als Trägerin der Jugendhilfe zuständig für 15 Kommunen, die per Vereinbarung für den Betrieb und die Einrichtung von Kinderbetreuungsplätzen vor Ort zuständig sind. Die Städte Hannover, Lehrte, Burgdorf, Langenhagen, Laatzen und Springe verfügen über eigene Jugendämter. Die damit verbundenen Aufgaben werden zu 80% von der Region finanziert.
- 500 Schon in der Wahlperiode 2001-2006 haben wir einiges erreicht. So gibt es mittlerweile eine qualifizierte Bestandserhebung zur Kinderbetreuung in der Region. Mit dem Abschluss der Vereinbarung zu einem pauschalierten Jugendhilfekostenausgleiches mit den Kommunen mit eigenem Jugendamt wurden die örtlichen Gestaltungsspielräume vergrößert und die Abwicklung entbürokratisiert. Gleichzeitig haben wir die Zuschüsse für Beratungsstellen, wie das Mädchenhaus Hannover, Violetta e.V. Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch und das Männerbüro erhöht, um eine regionsweite Betreuung zu ermöglichen. Mit der Gründung des Regionsjugendringes konnte auch die Verbandsjugendarbeit regionalisiert werden. Das von der Region entwickelte Gesundheits- und Sprachförderprogramm für Kindertagesstätten und Schulen trägt dazu bei, dass schon frühzeitig präventiv gehandelt wird..
- 510 **Herausforderungen in der Wahlperiode 2006-2011**
- 515 Im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik gibt es in der Region noch viel zu tun. Die Anzahl und die Qualität von Kinderbetreuungsplätzen ist in den Kommunen sehr unterschiedlich. Während einige über ein gutes und bedarfsgerechtes Angebot (zumindest bei den Kindergartenplätzen) verfügen, muss in anderen Kommunen die Kinderbetreuung deutlich ausgebaut werden. Vor allem bei Kindern unter 3 Jahren und bei Angeboten auch in den Nachmittagsstunden muss verbessert werden. Hinzu kommt, dass die überörtliche Zusammenarbeit zwischen den Regionskommunen nicht optimal ist. Weder gibt es einheitliche Gebühren noch nennenswerte Möglichkeiten seine Kinder in anderen Kommunen als dem eigenen Wohnort z.B. in Betriebskitas am Arbeitsplatz betreuen zu lassen.
- 520 Wir fordern eine deutliche Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit: Die Region muss hier in Zukunft als Vermittlerin agieren, um den Eltern eine optimale, unbürokratische Betreuung zu ermöglichen.
- 525 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern: Kinderregion Hannover schaffen**
- 530 Wenn das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ernsthaft verfolgt werden soll, müssen bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden. Mit dem noch von rot-grün in Berlin verabschiedeten Tagesbetreuungsgesetzes sind alle Kommunen verpflichtet bis zum Jahr 2010 für eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung zu sorgen. Das bietet die Chance weg von der rein kommunalen örtlichen Sichtweise hin zu einer regionalen Kooperation bei der Kinderbetreuung zu kommen.

Wir fordern:

- Gleiche Kitabeiträge in der Region: Bisher schwanken die Elternbeiträge für das gleiche Angebot beträchtlich. Um in der Region für alle gleich gute Bedingungen zu schaffen, wollen wir durch eine Vereinbarung mit den 21 Kommunen gleiche Gebühren für das gleiche Angebot erreichen. Dabei fordern die Grünen mindestens ein – vom Land finanziertes- regionsweites kostenfreies Kitajahr, um allen Kindern frühzeitig den Zugang zu Bildung und damit Chancengerechtigkeit zu ermöglichen.
- Kommunale Grenzen überwinden: Eltern muss in begründeten Fällen, z.B. bei einem Wohnort nahe der Stadt- und Gemeindegrenzen oder Betreuungsmöglichkeiten auf dem Weg zur Arbeit, ermöglicht werden ihr Kind in der Nachbargemeinde zu betreuen. Dazu sind die bürokratischen Hürden zwischen den Kommunen abzubauen und entsprechende Vereinbarungen zu treffen.
- Arbeitsplatznahe Betreuung möglich machen: Der Zugang zu überörtlicher betrieblichen Betreuung und besonderen pädagogischen Angeboten muss grundsätzlich für alle möglich sein. Dazu sind die bürokratischen Hürden zwischen den Kommunen abzubauen und entsprechende Vereinbarungen zu treffen.
- Den Wiedereinstieg erleichtern: Niemand darf wegen fehlender Kinderbetreuung die Aufnahme einer Arbeit unmöglich gemacht werden. Wir fordern daher eine verstärkte Förderung Arbeitslosen mit Kindern und die garantierte Bereitstellung eines Betreuungsplatzes durch die Region bei Arbeitsaufnahme, z.B. durch Vermittlung eines Tagespflegeplatzes.
- Umsetzung des Tagesbetreuungsgesetzes (TAG) durch die Schaffung von Ganztagsplätzen, Plätzen für unter drei jährige und schulischer Betreuungsmöglichkeiten am Nachmittag.
- Das regionale Bündnis für Familie und Beruf stärken: Förderung von flexiblen Arbeitszeit- und Arbeitsmodellen, die Müttern und Vätern eine bessere Kinderbetreuung ermöglichen, wie beim MHH-Arbeitszeitmodell oder der Telearbeit.
- Wettbewerb zwischen den Kommunen fördern: Weiterentwicklung der Kitabedarfsplanung mit jährlichen Zwischenberichten über den Stand der Kinderbetreuung in den Regionskommunen. Die Region muss Standards für die Ermittlung des örtlichen Bedarfs definieren, z.B. durch die Verbindlichkeit von Elternbefragungen.
- Familienzentren fördern: Kitas zu Anlaufstellen für niedrigschwellige Angebote für Beratung und Selbsthilfe von Eltern weiterentwickeln z.B. durch Einrichtung von Gesprächskreisen, Cafés etc.
- Kitafachberatung ermöglichen: Die Region soll für den Bereich des Regionsjugendamtes eine qualifizierte Kita-Fachberatung vor Ort garantieren, ggf. sind dritte damit zu beauftragen.

570

Jugendhilfe – Hilfe zur Erziehung: Fördern, qualifizieren, präventive Maßnahmen ausbauen

Die Anforderungen an Kinder- und Jugendliche steigen: Mangelnde Perspektiven und schlechte Integration fördern die Probleme. Der Ausbau gerade präventiver und qualifizierender Maßnahmen, die greifen bevor es zu spät ist, ist notwendig.

580

Wir fordern:

- Gesundheit und Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen stärken: Weiterführung der regionalen Präventionsprojekte in Kindertagesstätten und Schulen im Bereich der Sprachförderung, Ernährungsberatung, Bewegungsförderung und der Suchtprävention.

- Kinder und Jugendliche vor sexuellen Missbrauch schützen: Förderung der Aufklärungsarbeit der Beratungsstellen und Beibehaltung des Beratungsangebotes der Region.
 - Allen Jugendlichen muss eine Zukunftsperspektive ermöglicht werden. Die Verzahnung der Hilfen im Rahmen der Jugendhilfe und der Förderung von arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren durch die Arbeitsgemeinschaft der Jobcenter der Region Hannover (ARGE) muss in Zusammenarbeit mit den Pro Aktiv Centren (PACE) auf die gesamte Region ausgeweitet werden.
- 585
- Entwicklung innovativer, vernetzter, sozialraumbezogener Hilfen zur Erziehung, z. B. durch Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit den Trägern.
 - Weiterentwicklung von Facharbeitskreisen auf Regionsebene mit dem Ziel eines fachlichen Austausches, z.B. im Fachbeirat Jugend- und Sozialplanung.
 - Ausbau niedrigschwelliger Hilfeformen, z.B. im Rahmen der sozialpädagogischen Familienhilfe.
- 590
- Ausreichende Förderung von Initiativen und Einrichtungen freier Träger im Bereich der Jugendgerichtshilfe.
 - Förderung von Modellen des betreuten Jugendwohnens als präventive Maßnahme.
- 595

Jugendarbeit fördern

- 600 Die ehrenamtliche Verbandsjugendarbeit ist ein wichtiger Baustein bei der Förderung von Kindern- und Jugendlichen. Die Grünen wollen daher, dass die verbandliche und freie Jugendarbeit ausreichend unterstützt wird.

Wir fordern:

- 605
- Verstärkte Förderung von Kinder- und Jugendfreizeiten. Erhalt des unbürokratischen Vergabe von Zuschüsse für Freizeiten im Rahmen des Ferienhilfsfonds.
 - Förderung der geschlechtsspezifischen Jugendarbeit.
 - Förderung des Regionsjugendringes.
 - Die Ausbildung von ehrenamtlichen Jugendleitern (Juleica) muss gewürdigt werden, z.B. durch Vergünstigungen für kommunale und regionale Angebote.
- 610
- Weiterentwicklung des regionseigenen Jugendgästehauses Gailhof als zentrale Einrichtung für Weiterbildungs- und pädagogische Angebote.

Teilhabe durch (Aus-)Bildung ermöglichen Schulen und Bildung

615

Mehr Ausbildung statt Warteschleifen

Junge Menschen brauchen eine Perspektive. Wer ohne Ausbildung bleibt, hat ein vielfach höheres Risiko, arbeitslos zu werden. Das zeigt die Arbeitslosenstatistik auch in der Region

620

Hannover deutlich: 75 % der Arbeitslosen unter 25 Jahre sind ohne Ausbildung!

Die Zahl der Ausbildungsangebote in der Region ging seit 1990 von ca. 29 000 auf 21 000 im Jahre 2001 zurück. Der sinkenden Zahl an Ausbildungsplätzen steht aber eine steigende Zahl von Ausbildungssuchenden gegenüber, da die Jahrgänge, die derzeit die allgemeinbildenden Schulen verlassen, zahlenmäßig stark sind. Sehr viele Jugendliche weichen in die Vollzeitbildungsgänge der Berufsschulen aus. Der Besuch der meist einjährigen Berufsfachschulen bleibt ohne beruflichen Abschluss und stellt letztlich nur eine Warteschleife dar.

625

Um allen Jugendlichen eine Ausbildung zu bieten, sind mehr betriebliche Ausbildungsstellen, mehr Ausbildungsverbünde und darüber hinaus schulische Berufsausbildungsgänge nötig.

630

Da das duale System es nur noch schafft, einen Teil der Jugendlichen auszubilden, und die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage wächst, ist als zweites Standbein der Berufsausbildung ein vollschulisches Ausbildungsangebot mit Abschluss sinnvoll. Das 2005 novellierte Berufsbildungsgesetz ermöglicht schulische Berufsausbildungen mit abschließender Kammerprüfung. Zur Umsetzung bedarf es – wie jetzt für ein erstes Projekt der Region begonnen - der Zusammenarbeit aller Beteiligten – Schulen, Land, Kammern, Arbeitsagentur/Arge.

635

Allerdings kann Ausbildung nur gelingen, wenn die Jugendlichen die nötige Ausbildungsfähigkeit mitbringen. Viele scheitern auch deswegen, weil sie die allgemeinbildenden Schulen ohne ausreichende Bildung und Sozialkompetenz verlassen.

640

Wir fordern:

- Entwicklung schulischer Berufsausbildungsgänge, die zur Kammerprüfung in anerkannten Berufen führen.
- Förderung von Ausbildungsverbünden, um insbesondere neue Ausbildungsbetriebe zu gewinnen.
- Kooperation zwischen den berufsbildenden und den allgemeinbildenden Schulen, um die Ausbildungsfähigkeit und Berufsorientierung der Jugendlichen zu fördern.
- Stärkere Zusammenarbeit der Fachbereiche Schule und Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung.

650

Berufsschulen als Zentren für Aus- und Weiterbildung stärken

Infolge der Regionsbildung wurden die unterschiedlichen Berufsschulsysteme von Stadt und ehemaligem Landkreis zusammengeführt und in zwei Phasen umstrukturiert.

655

Die Bildung von Schwerpunkten brachte auch den drei bisherigen Bündelberufsschulen im Umland Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft. Bündnis 90 / Die Grünen haben sich für die Profilentwicklung der Berufsschulen eingesetzt, gleichzeitig aber darauf geachtet, dass für benachteiligte Jugendliche ein ortsnahes Angebot erhalten bleibt.

660

Die Berufsschulen brauchen größtmögliche Autonomie, auch gegenüber dem Schulträger Region, um den Herausforderungen als Zentren für Aus- und Weiterbildung gerecht zu werden. Die Budgetierung der Sachmittel war dabei ein wichtiger Schritt.

Wir fordern:

- Stärkung der Autonomie der Schulen bei der Einstellung von Sekretärinnen und Hausmeistern,
- Nutzung personeller und materieller Ressourcen der Berufsschulen für Fort- und Weiterbildung, Schaffung der organisatorischen und haushaltstechnischen Voraussetzungen, damit Berufsschulen in Kooperation mit den vorhandenen Bildungseinrichtungen der Region auf dem Weiterbildungsmarkt tätig werden können,

- 670 • effizientere und passgenauere Verteilung durch ein zentrales Anmelde- und Steuerungsverfahren für die Vollzeitschulen mit Beratung der Jugendlichen und Überwachung der Schulpflicht.

Mehr Integration statt schulischer Aussonderung

675 Wer Kinder mit Förderbedarfen aus den Regelschulen und damit oft aus ihrem Lebens- und Freundesumfeld herausnimmt, um ihnen in gesonderten Fördereinrichtungen helfen zu wollen, erschwert ihre gesellschaftliche Integration. Bündnis 90 / Die Grünen setzen sich dafür ein, dass sonderpädagogische Förderung wohnnah vorrangig an den allgemeinen Schulen stattfindet.

680 Die Region ist als Schulträgerin für die Förderschulen mit den Schwerpunkten emotionale und soziale Entwicklung, geistige Entwicklung, Hören, Sehen sowie Sprache zuständig. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Förderschulen haben sich Bündnis 90 / Die Grünen für mehr Integration und Kooperation eingesetzt. Für den Schwerpunkt geistige Entwicklung ist es beschlossene Zielsetzung, weitere Kooperationsklassen einzurichten, was in Bredenbeck und Wettbergen inzwischen umgesetzt wurde.

685 Handlungsbedarf sehen Bündnis 90 / Die Grünen vor allem bei den Förderschulen mit dem Schwerpunkt Sprache. Gerade der wachsende sonderpädagogische Förderbedarf bei sprachlichen Problemen ist allermeist vorübergehend und könnte zu einem beträchtlichen Teil entfallen, wenn entsprechende Sprachförderung im Kindergarten stattfände. Hier setzt das Regionsprojekt zur Früherkennung von Sprachentwicklungsstörungen an, das

690 Fortbildungen für ErzieherInnen und Untersuchungsangebote enthält. Aus fachlicher Sicht ist keine sprachliche Beeinträchtigung vorstellbar, die eine gesonderte Beschulung verlangt. Vor diesem Hintergrund ist ein Prozess des Umdenkens notwendig, der im Anfang 2006 vorgelegten Förderschulkonzept der Region seinen Ausdruck findet. Es sieht vor, die integrativen Angebote wie mobile Dienste und die sonderpädagogische Versorgung in den Grundschulen auszubauen, um eine wohnnahe Beschulung zu ermöglichen und damit einen weiteren Ausbau der Förderschulen zu vermeiden. Die Umsetzung wird nicht leicht sein. Sie setzt voraus, dass die betroffenen Schulen sowie die jeweilige Stadt oder Gemeinde mitziehen und das Land ausreichend Personal zur Verfügung stellt.

Wir fordern:

- Mehr Integration durch Umsetzung des Förderschulkonzeptes der Region: Zeitnahe Entwicklung von Integrationskonzepten gemeinsam mit Städten und Gemeinden, Jugendämtern und Land,
- Weiterentwicklung der Förderschulen zu sonderpädagogischen Förderzentren,
- Bessere individuelle Förderung für das einzelne Kind durch Zusammenarbeit von Schulen und Jugendhilfe,
- *Verbesserung der Betreuungssituation durch das Land: Mehr Ganztagsbetreuung.*

Medienpädagogik sichern

710 Angesichts des riesigen Angebotes elektronischer Medien ist es gerade heute für Kinder und Jugendliche von elementarer Bedeutung, einen kritischen Umgang mit Medien zu erlernen. Deshalb haben sich die Grünen bei der Zusammenführung der Bildstellen von Stadt und Region dafür eingesetzt, dass das medienpädagogische Angebot aufrechterhalten und auf das gesamte Regionsgebiet ausgeweitet wurde. Dies gilt es zu sichern und trotz der Landeskürzungen weiterzuführen.

Schullandheime erhalten

720 Mehrtägige Landheimaufenthalte haben eine wichtige pädagogische Funktion. Sie fördern soziales und kooperatives Verhalten bei Kindern und Jugendlichen, indem das tägliche Zusammenleben in der Gruppe und die Bewältigung von Konflikten eingeübt werden können. Die Wirtschaftlichkeit der drei Schullandheime der Region wurde verbessert. Die Belegungszahlen konnten u.a. durch bauliche Sanierungen, Umbauten, begleitende

pädagogische Angebote sowie gezielte Werbung für Wochenenden und Ferienzeiten erhöht werden. Dieser Kurs ist fortzusetzen. Die Grünen setzen sich für den Erhalt der Landheime ein.

Die gesunde Region – Eine Gesundheitsversorgung für alle

Gesundheit und Krankenhäuser

730 Mit der Gründung der Region Hannover wurde auch die Gesundheitsversorgung regionalisiert. Neben der Zuständigkeit für die 12 öffentlichen Krankenhäuser in der Region gehören auch die psycho-soziale Versorgung, die Drogenhilfe und der Verbraucherschutz zu den Aufgaben. Grünes Ziel dabei ist es eine wohnortnahe, bürgerInnenfreundliche und leistungsfähige Gesundheitsversorgung für alle BewohnerInnen und Bewohner der Region zu garantieren. Jeder Mensch hat Anspruch auf eine qualitativ hochwertige medizinische 735 Versorgung: eine Zwei-Klassenmedizin lehnen die Grünen entschieden ab. Des Weiteren fordern wir eine Stärkung der Selbsthilfe und den Ausbau von ambulanten und präventiven Angeboten gerade auch im Bereich der öffentlichen Gesundheitsförderung.

740 In der Wahlperiode 2001-2006 konnten wir im Bereich der Gesundheitspolitik viel erreichen. In kürzester Zeit ist es gelungen die ehemaligen hannoverschen Krankenhäuser und 6 Umlandkrankenhäuser zur Klinikum Region Hannover GmbH zusammenzuführen. Während andere Kommunen ihre Krankenhäuser an Private verkaufen, ist in der Region eines der größten kommunalen Krankenhausunternehmen mit über 3100 Betten und über 8000 Beschäftigten entstanden. Eine Privatisierung konnte verhindert werden und die öffentliche 745 Trägerschaft wurde gesichert. Zielsetzung ist, dass die Häuser mit über 400 Millionen Jahresumsatz durch Synergieeffekte und Optimierung des Leistungsangebotes bis 2009 zuschussfrei arbeiten.
Durch den begonnenen Prozess der Bildung von Gesundheitszentren im Klinikum konnte die 750 wohnortnahe, dezentrale Versorgung in der gesamten Region erhalten und ausgebaut werden. Jedem Patienten steht nun das gesamte Spektrum an medizinischer Versorgung aller Krankenhäuser zur Verfügung. Durch den zentralisierten Arzneimittelleinkauf und einer gemeinsamen Beschulung der Auszubildenden konnte nicht nur die Qualität verbessert, sondern auch erhebliche Kosten gespart werden. Mit dem von uns geforderten Programm 755 zur energetischen Sanierung der Krankenhäuser konnte in kürzester Zeit 800.000 Euro an Energiekosten erwirtschaftet werden. Seit 2005 sind die Krankenhäuser der Region durch die Einführung von jährlichen Qualitätsberichten die Leistungsangebote der einzelnen Krankenhäuser auf einen Blick vergleichbar.

Krankenhäuser für alle: für ein zukunftsfähiges Klinikum der Region Hannover

760 Wichtigstes Ziel der Grünen ist es, dass die Region Hannover Trägerin des Klinikums bleibt. Eine Privatisierung der kommunalen Krankenversorgung lehnen wir ab. Im Rahmen der Daseinsvorsorge muss die Region dafür sorgen, dass für alle Menschen der gleiche medizinische hochwertige Zugang zur Gesundheitsversorgung erhalten bleibt. Gleichzeitig müssen Qualität und Wirtschaftlichkeit verbessert werden.

765 **Wir fordern:**

- Die Region bleibt Trägerin der Regionskrankenhäuser – Keine Privatisierung.
- Fortführung des Ausbaus zu wohnortnahmen Gesundheitszentren - Keine Schließung von Kliniken in der Fläche.
- Verbesserung der Verzahnung an ambulanten und stationären Angeboten: Ausbau der integrierten Versorgungsangebote.
- Bau eines neuen Krankenhauses am Standort Siloah mit modernster Medizintechnik und höchstem energetischen Umweltstandard.
- Stärkung von PatientInnenrechten durch Einrichtung von Beschwerdestellen und PatientInnen-Ombudsleute beim Klinikum.
- Eine geeignete Form der Kinderbetreuung für die Bediensteten der Regionskrankenhäusern muss sichergestellt sein.
- Einrichtung von hauptamtlichen Umweltbeauftragten am Klinikum und Fortführung der Energetischen Sanierung.
- Einbindung der Beschäftigten bei der Qualitäts- und Fortentwicklung des Klinikums.

Psycho-soziale Versorgung: wohnortnah, ambulant vor stationär

785 Mit der Gründung der Region wurde auch die Versorgung von psychisch Kranken und ihrer Angehörigen regionalisiert. Mittlerweile wird in zehn teilweise neugegründeten wohnortnahmen sozial-psychiatrischen Beratungsstellen Hilfen angeboten, die den Betroffenen – Kindern wie Erwachsenen – möglichst eine selbstständige Lebensführung ermöglichen soll. Mit der Einrichtung einer Beschwerde-/Ombudsstelle für Psychiatrieerfahrene und ihre Angehörigen in der Region Hannover ist ein deutliches Signal für die Unterstützung der PatientInnen und ihrer Angehörigen erfolgt. Dies soll auch weiterhin geschehen: Grüne Grundforderung dabei: ambulante Versorgung vor stationärer Unterbringung.

790

Wir fordern:

- Erhalt der sozial-psychiatrischen Beratungsstellen mit ausreichend qualifizierten Personal.
 - Unterstützung von Selbsthilfegruppen, die eine selbstständige Lebensführung ermöglichen.
 - Absicherung der Arbeit der Beratungsangebote freier Träger durch vertragliche Regelungen. Erhöhung der Fördermittel und den Abschluss von Leistungsvereinbarungen.
 - Aufbau von ambulanten Angeboten und Diensten für Demenzkranke und ihrer Angehörigen zur Vermeidung stationärer Unterbringung.
 - Eine Privatisierung des Landeskrankenhauses Wunstorf lehnen wir ab: Sollte das Land bei seinen Verkaufsplänen bleiben, muss eine regionale Lösung angestrebt werden, um die Verzahnung mit den ambulanten Angeboten zu gewährleisten.
- 800

Sucht und Drogen: Prävention stützen, Hilfen zur Integration anbieten

805 Der Missbrauch von legalen und illegalen Drogen stellt nach wie vor ein großes gesellschaftliches Problem dar. Nicht nur gesundheitlich hat der Missbrauch von Drogen Auswirkungen auf die Menschen auch das soziale Umfeld leidet unter dem Drogenkonsum. Die Kriminalisierung von Süchtigen ist dabei nicht der richtige Weg. Die Grünen fordern daher im Bereich der illegalen Drogen eine akzeptierende Drogenarbeit unter Einschluss von Drogenersatzangeboten und einer kontrollierten, medizinisch indizierten Abgabe von Drogen zur Vermeidung von Beschaffungskriminalität.

810

Wir fordern:

- Absicherung der finanziellen Mittel für die Drogenarbeit, für ambulante und teilstationäre Angebote vor allem auch freier TrägerInnen.
 - Förderung von Wohn- und Arbeitsangeboten, verstärkte Hilfe für drogenabhängige Arbeitslosengeld II-Bezieher bei der Vermittlung von Beratung und Therapien.
 - Absicherung der medizinischen Versorgung in Schwerpunktpraxen, Institutsambulanzen und integrierte Versorgungseinrichtungen für Suchtabhängige.
 - Ausbau der Präventionsangebote vor allem für Kinder- und Jugendliche, Weiterführung des Suchtpräventionsprogramms der Region in Kindertagesstätten und Schulen.
 - Erhalt der Aids-Beratungsstelle der Region.
- 820

Verbraucherschutz sichern

825 Die Region ist zuständig für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Lebensmittelüberwachung und im Veterinärwesen. Durch zahlreiche stichprobenartige Untersuchungen vor Ort wird gewährleistet, dass bei Skandalen wie beim „Gammelfleisch“ schnell und effektiv im Sinne der VerbraucherInnen gehandelt wird.

830 Wir fordern den Erhalt der scharfen Kontrollen und die regelmäßige Veröffentlichung der Kontrollergebnisse durch die Regionsverwaltung.

Qualität im Rettungswesen sichern

835 Zur Daseinsvorsorge gehören qualifizierte Rettungsdienste, die im Bedarfsfall schnelle und kompetente Hilfe leisten. Die Region ist zuständig für die Sicherstellung des Rettungswesens im Gebiet des ehemaligen Landkreises.

Durch Ausschreibung wurde der Rettungsdienst kostengünstiger gestaltet. Dabei haben Bündnis 90 / Die Grünen dafür gesorgt, dass die Vergabe von Rettungsdienstleistungen an normierte Qualitätsstandards gekoppelt wird. Dadurch wurde erreicht, dass inzwischen alle

840 beauftragten Rettungsdienste in ihrer Qualität überprüft wurden und alle ein entsprechendes Zertifikat erworben haben.
Des Weiteren ist es gelungen, dass Region und Stadt Hannover seit Anfang 2006 eine gemeinsame Leitstelle für Rettungs- und Feuerwehreinsätze für das gesamte Gebiet der Region betreiben. Damit können nicht nur Kosten gespart, sondern bei gebietsübergreifenden Einsatzmaßnahmen kann aufgrund kürzerer Wege schneller gehandelt werden.
845

Wir fordern:

- Erhalt der Qualität im Rettungsdienst.
- Kostengünstiges Rettungswesen durch Ausschreibung der Leistungen.
- Zusammenlegung der Katastrophenschutzstäbe von Region und Stadt Hannover.

Aktiver Klimaschutz in der Region: Kosten sparen, Arbeit schaffen, Umwelt schützen

Klimaschutz und Energie

- 855 Dank GRÜNER Energiepolitik haben wir den Einstieg in eine nachhaltige und klimafreundliche Energieversorgung geschafft. Wir setzen auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Die beste Energie ist die eingesparte. Mit dem Albaumodernisierungsprogramm, der Energieeinsparverordnung und der ökologischen Steuerreform hat die rot-grüne Bundesregierung entscheidende Weichen gestellt.
- 860 Eine zukunftsfähige Energieversorgung muss nachhaltig sein. Sie darf vorhandene Rohstoffe nicht aufzehren und kommenden Generationen keine Altlasten überlassen. Nur eine Energieversorgung, die sich zu 100 Prozent aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme speist, ist auf Dauer nachhaltig.
- 865 Das Klima verändert sich. Wetterkatastrophen mit Schäden bisher nicht bekannten Ausmaßes sind schon heute an der Tagesordnung. Klimaschutz ist die politische Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die Region Hannover darf sich auf ihren bisherigen Erfolgen im Klimaschutz nicht ausruhen. Wir wollen die CO₂-Emissionen bis 2020 um mindestens 40% senken.
- 870 Klimaschutz und der Einsatz regenerativer Energien sind daher Schwerpunkte grüner Regionspolitik. Sie stellen entscheidende Elemente beim Umweltschutz dar und dienen der Sicherung und Verbesserung von Lebensqualität der Bevölkerung.
- 875 Als Wirtschaftsfaktor gewinnen sie in der Region Hannover zunehmend an Bedeutung, wovon besonders kleine und mittlere Unternehmen profitieren. Den Klimaschutz ist mehr als Umweltschutz:
- Klimaschutz ist Wirtschaftsfaktor: Alleine 3000 Arbeitsplätze in der Region gibt es in diesem Bereich, davon 700 in Forschungseinrichtungen.
 - Klimaschutz spart Kosten und nützt jedem: Es senkt die zweiten Miete (Nebenkosten) und die Betriebskosten durch Energiemanagement in Unternehmen.
 - Klimaschutz mobilisiert Investitionen: Jede öffentliche Anschubfinanzierung aktiviert das 7fache an Folgeinvestitionen.
- 880 Wir haben uns in den letzten Jahren nachdrücklich für den Erhalt der Klimaschutzagentur, die Fortführung von Klimaschutzmaßnahmen und die Förderung Regenerativer Energien eingesetzt.
- 885
- Einführung der Richtlinie über die finanzielle Förderung regenerativer Energien und ressourcensparender Energienutzung in der Region Hannover mit der Unterstützung folgende Projekte:
 - Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien
 - Förderung bei der Errichtung von Passivhäusern
 - Energetische Sanierung von (Vereins-) Sportstätten.
 - Sicherung und behutsame Erweiterung von Windvorrangstandorten im Regionalen Raumordnungsprogramm 2005.
 - Energetische Sanierung der Kreisstraßenmeistereien und Krankenhäuser.
 - Seit 2002 bezieht die Region Hannover zusammen mit der LHH atomstromfreien Strom von den Stadtwerken Hannover.
 - Beim Bau des neuen Verwaltungsgebäudes wurde ein neuer innovativer Energiestandard unter Einbeziehung von Erdwärme festgelegt.
- 890
- 895
- 900
- #### Klimaschutz: fortschrittlich und innovativ
- Klimaschutzmaßnahmen sind unverzichtbar für den Umweltschutz. Sie geben Impulse für Wissenschaft, Wirtschaft, Siedlungs- und Bauwesen.
- Als Standortfaktor haben sie positive Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation, z.B. durch die Schaffung von Arbeitsplätzen v.a. in Handel, Handwerk und im Dienstleistungsgewerbe.

Die fossilen Energieträger reichen nicht, um unseren Energiebedarf auf Dauer zu decken. Im verantwortungsvollen Umgang mit Energieressourcen brauchen wir langfristig einen Mix aus Wind- und Solarenergie, Energie aus Wasserkraft, Erdwärme und Biomasse und durch Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung. Die Region Hannover ist bundesweit führend im Klimaschutz. Das wollen wir ausbauen.

910 Wir fordern:

- Mehr Klimaschutzmaßnahmen in der Region Hannover.
- Verfünfachung der Fördermittel für regenerative Energien auf 1 Mio. Euro jährlich.
- Fortsetzung der Arbeit der Klimaschutzagentur.
- Förderung von Klimaschutzprogrammen (z.B. CO₂-Minderungsstudie) in der Region Hannover.
- Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und Vermeidung unnötigen Motorisierten Individualverkehrs (MIV)-

920

Energetische Sanierung fördern:

- Energiemanagement inklusive energetischer Sanierung der regionseigenen Gebäude und des Gebäudebestand der Beteiligungsgesellschaften ausbauen.
- Energetische Sanierung von (Vereins-)Sportstätten im Programm Ecosport weiterführen.
- Unterstützung des Programmes „Gut beraten starten“ der Klimaschutzagentur mit kostenloser, unabhängiger Energieberatung für Ein- und Mehrfamilienhäuser in allen Regionskommunen.
- Visualisierung innovativer Anlagen an exponierter Stelle zur Demonstration alternativer Energiegewinnung in Form von Displays und Internetabrufbarkeit, damit die Anlagen wahrgenommen und ihr Zweck und Nutzen vermittelt werden kann.

930

Biomasse als erneuerbaren Energieträger fördern

Biomassebrennstoffe (zur Herstellung z.B. von Biogas) sind regional verfügbar und als nachwachsende Rohstoffe nahezu unbegrenzt vorhanden.

935

Der regionale Anbau und die regionale Verwertung sind aufgrund der kurzen Transportwege ökologisch positiv zu bewerten und schaffen außerdem Arbeitsplätze vor Ort.

Die Region Hannover verfügt über große Bioenergiemöglichkeiten, die sinnvoll eingesetzt werden sollen. Die Umweltverträglichkeit der Projekte ist in Bezug auf mögliche Veränderungen der Kultur- und Agrarlandschaft z.B. durch große Anlagen und neue Pflanzen sorgfältig zu prüfen und eine achtsame Umsetzung durchzuführen.

940

Große Anlagen sind als Industrieanlagen zu werten und daher in Gewerbegebieten anzusiedeln. Das gewährleistet auch die Abwärmenutzung durch Einspeisung ins Netz.

945

Kleinere, dezentral gelegene, ortsnahe Anlagen werden befürwortet, weil sie den Landwirten durch Erschließung der Berufsrichtung „Energielandwirt“ den Einstieg in einen neuen Wirtschaftszweig ermöglichen.

Windenergie stabilisieren

Von allen regenerativen Energien kommt der Windenergie in der Region Hannover derzeit die größte Bedeutung zu.

950

In den Regionalen Raumordnungsprogrammen 1996 und 2005 wurden Windvorrangstandorte in der Region Hannover ausgewiesen.

955

In Zukunft wird der Schwerpunkt auf Maßnahmen des Ersatzes älterer Anlagen durch leistungsfähigere neue Anlagen, und der besseren Ausnutzung vorhandener Standorte liegen. Neue Standorte für Windenergieanlagen sollten nur zurückhaltend ausgewiesen werden.

Solarenergie und Photovoltaik unterstützen

960

Grüne haben sich in der vergangenen Regionsperiode für Solarenergie und Photovoltaik eingesetzt und z.B. finanzielle Unterstützung für Photovoltaik- und Solaranlagen auf den Dächern von Schulen, Kindergärten, Sportvereinen und Krankenhäusern gewährt.

Durch die Klimaschutzagentur wird diese Unterstützung in Form von Solarwettbewerben und Solarwochen weitergeführt.

Erdwärme erproben

965 Die Nutzung von Geothermie in der Region Hannover wird derzeit erforscht. Wir unterstützen die erfolgversprechenden laufenden Pilotprojekte zur Nutzung oberflächennaher Geothermie in diesem Raum und werden ihre Weiterentwicklung befördern.

Klimaschutzagentur erhalten

970 Mit der Klimaschutzagentur besitzt die Region Hannover eine hervorragende Beratungs- und Kompetenzeinrichtung, die entscheidende Impulse für den Energie- und Klimaschutzstandort Region Hannover geleistet hat und leistet.

Vor allem in Hinblick auf ihre Kompetenzen bei Beratung, Schulung und Öffentlichkeitsarbeit wollen wir diese Institution erhalten und weiterentwickeln.

975

Lebensqualität braucht eine intakte Umwelt

Umwelt- und Naturschutz

980 Bündnis 90 / Die Grünen stehen für eine umfassende und nachhaltige Umweltpolitik, die Menschen, Tiere und Pflanzen vor Belastungen schützt und die natürlichen Lebensgrundlagen für die Zukunft sichert. Wasser, Luft und Boden sind die Grundlage allen menschlichen Lebens. Grüne setzen sich für die Erhaltung der Lebensqualität in der Region ein.

985 Die Regionsverwaltung ist dabei zuständig für Natur-, Gewässer-, Immissions- und Bodenschutz, allerdings nicht für die Lärminderung. Hier müssen das Land und die Städte und Gemeinden tätig werden, um die Belastungen durch Lärm zu verringern. Die Grünen der Region Hannover setzen sich für ein Nachflugverbot auf dem Flughafen Langenhagen ein. Dies hat die Landesregierung abgelehnt.

990 Natur- und Landschaftsschutz fortentwickeln

995 Bündnis 90 / Die Grünen engagieren sich für den Schutz der biologischen Vielfalt und wollen Lebensräume für die heimische Tier- und Pflanzenwelt sichern. Hierzu leisten die 34 Naturschutz- und 84 Landschaftsschutzgebiete in der Region einen wichtigen Beitrag, auch für eine l(i)ebenswerte Umwelt für den Menschen. Den Forderungen nach Herausnahme von Flächen aus dem Landschaftsschutz treten Bündnis 90 / Die Grünen entgegen und setzen sich für den Erhalt der Schutzgebiete ein.

1000 Die Eigenart, Schönheit und Vielfalt der Lebensräume in der Region Hannover gilt es zu sichern und wiederherzustellen. Dies beinhaltet auch eine zügige und konsequente Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Naturschutz.

1000 Wir fordern:

- Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Gebieten für den Natur- und Artenschutz, Vernetzung schützenswerter Lebensräume durch Biotopverbund.
- Fortentwicklung des Landschaftsschutzes.
- Errichtung von Pufferzonen zwischen hochwertigen Naturschutzgebieten und Bereichen mit intensiven Nutzungen.
- Bereitstellung ausreichender Mittel für Pflegemaßnahmen und den Ankauf von Flächen für Naturschutzzwecke.
- Erhalt extensiver landwirtschaftlicher Nutzungsformen, insbesondere Entwicklung und Umsetzung von Schutzprogrammen für Grünland.
- Einbindung der Landwirtschaft in die Landschaftspflege.
- Konzeption und Durchführung von Artenschutzmaßnahmen, Erhalt von artenreichen Wildnisflächen in urbanen Bereichen.
- Förderung des Moorschutzes, rasche Wiedervernässung von Torfabbauflächen, keine Neugenehmigung von Torfabbau.
- Keine Deponierung von Schlamm aus dem Steinhuder Meer auf Renaturierungsflächen und für den Naturschutz wertvollen Bereichen.
- stärkere Förderung des ehrenamtlichen Naturschutzes.
- aktive Umweltinformationspolitik und Förderung der Umweltbildung.
- Beteiligung an der Errichtung und dem Betrieb von Naturschutzstationen.
- Weiterführung des Beratungsprojektes Ökoprofit, einer Hilfe zur Selbsthilfe für Betriebe, um durch Umweltschutz Kosten zu sparen.
- Unterstützung der Vermarktung ökologischer Lebensmittel aus der Region Hannover.
- stärkere Ausnutzung von Drittmitteln, z. B. der EU, für Naturschutzmaßnahmen.
- Erstellung und Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes als Fachplanung des Naturschutzes.

1030 Keine Gentechnik in der Landwirtschaft

Bündnis 90 / Die Grünen lehnen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft ab. Wir wollen keine gentechnisch veränderten Lebensmittel. Es ist wahrscheinlich, dass gentechnisch manipulierte Organismen für Menschen, Tiere und Pflanzen ein erhebliches

Risiko darstellen. Gentechnisch veränderte Pflanzen gefährden durch Kontaminationen (Pollenflug) zudem die Erzeugung gentechnikfreier Produkte auf Nachbarflächen. Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht gentechnikfreie Lebensmittel. Ihr Anbau stellt die Existenzgrundlage vieler Landwirte dar.

1035 Auf grüne Initiative ist die Region Hannover dem Bündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft beigetreten und will auf den regionseigenen landwirtschaftlich genutzten Flächen keine gentechnisch veränderten Pflanzen anbauen lassen. Zudem sollen in den regionseigenen Einrichtungen keine gentechnisch veränderten Lebensmittel verwendet werden. Wir setzen uns ein für eine gentechnikfreie Region Hannover und lehnen Freisetzungen von gentechnisch veränderten Organismen ab.

Boden schützen

1045 Es ist gesetzliche Aufgabe, die Funktionen des Bodens nachhaltig zu sichern und wiederherzustellen, schädliche Bodenveränderungen und Altlasten und dadurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge zu treffen, um den Boden vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen.

1050 Altlasten und Verdachtsflächen in der Region sind erfasst. Flächennutzungs- und Bebauungspläne sowie Bauvorhaben sind bodenschutzrechtlich zu prüfen. Eine regionsweite Prioritätenliste für die Sanierung von Altablagerungen und Altstandorten ist zu erarbeiten.

Wir fordern:

- Fortführung von Sanierungen verseuchten Bodens.
- Maßnahmen zur Entsiegelung im Siedlungsbereich.
- Nachnutzung von Bodenabbauten für den Natur- und Artenschutz.

Gewässer schützen

1060 Die Region ist in insgesamt dreizehn der regionsangehörigen Städte und Gemeinden zuständig für die Genehmigung und Überwachung von Abwassereinleitungen aus Gewerbebetrieben. Sie fördert Maßnahmen von Gemeinden und Verbänden zur naturnahen Entwicklung von Fließgewässern. Die Gewässergüte muss auch weiterhin verbessert werden. Dazu dienen sowohl die strikte Vermeidung von Verunreinigungen als auch die Verbesserung der ökologischen Selbstreinigungskraft von Gewässern. Zumindest alle 1065 Fließgewässer und das Grundwasser sollen nach der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2015 einen guten Zustand erreichen.

Wir fordern:

- Strikte Überwachung von Gewässereinleitungen und Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen sowie von Freilegungen des Grundwassers.
- Fortsetzung der Förderung der naturnahen Entwicklung von Gewässern durch Renaturierung und der Ausweisung von Gewässerrandstreifen, Erhöhung des Mittelansatzes.

Luft reinhalten

1075 Saubere Luft ist ein Ziel, für das sich Grüne seit langem einsetzen. Die Region ist als Untere Immissionsschutzbehörde für die Einhaltung von Lärm- und Luftreinhaltevorschriften zuständig. Industrie- und Müllverbrennungsanlagen stehen dagegen unter der Kontrolle einer Landesbehörde, der Gewerbeaufsicht.

1080 Angesichts der Massierung von Anlagen zur Abfallverbrennung bzw. Abfallmitverbrennung im Nordosten Hannovers und in Sehnde ist von der Regionsversammlung eine kontinuierliche Erfassung von Luftverunreinigungen beschlossen worden, um die Bevölkerung und die Umwelt zu schützen.

Wir fordern:

- Wirksame Kontrolle des Schadstoffausstoßes und Reduzierung von Luftschaadstoffen.
- Kauf schadstoffarmer Modelle bei Neubeschaffungen von Kraftfahrzeugen für die Region.

Abfall ist Rohstoff am falschen Ort

Regionale Abfallwirtschaft

1090 Abfallvermeidung durch Ressourcen schonende Produktion

Durch konsequentes Vermeiden und Verwerten von Abfällen kann mehr für den Schutz der Umwelt erreicht werden als durch aufwendige und teure Restabfallbehandlungsanlagen.

Wenn wir Abfallvermeidung ernst nehmen, müssen wir Ressourcen schonend und damit nachhaltig und effizient produzieren. Durch solche abfall- und schadstoffarme Produktion, durch bestmögliche Nutzung von Materialien und Optimierung von Verfahrenstechniken können außerdem Kosten gespart werden. Beispiele aus Betrieben zeigen, dass die Einführung eines Umweltmanagements die Abfallmengen deutlich reduzieren und die Entsorgungskosten halbieren kann. Dabei senken schadstoffarme Produkte Gesundheitsgefahren und entlasten die Umwelt. Ressourcen zu schonen bedeutet auch Energie zu sparen und ist damit ein Beitrag zum Klimaschutz.

Unser Ziel ist eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Grüne Umweltpolitik in der Region Hannover soll dafür in der Wirtschaftsförderung Impulse geben wie zum Beispiel durch das Beratungsprojekt Ökoprofit und durch eine vermeidungsorientierte Abfallwirtschaft

1105 ökologische und ökonomische Signale für VerbraucherInnen und ProduzentInnen setzen.

Abfallverwertung und stofflich angepasste Abfallbehandlung

Im Abfall sind Wertstoffe, die stofflich und möglichst hochwertig zu verwerten sind.

Seit dem 1.6.2005 darf der verbleibende Restabfall im Bundesgebiet nicht mehr unbehandelt 1110 deponiert werden. Dies führt dazu, dass im Regelfall der gesamte Müll verbrannt wird. Bündnis 90 / Die Grünen haben erreicht, dass die Restabfälle in der Region getrennt behandelt werden: Die biologisch abbaubaren Anteile werden biologisch behandelt, und nur der heizwertreiche Müll wird verbrannt.

1115 Es stärkt die Handlungsfähigkeit der Region, wenn sie sich verschiedener Techniken der Abfallbehandlung bedient und sich nicht einseitig von der Müllverbrennung abhängig macht. Die Vergärung ist eine

1120 umweltgerechte und zukunftsfähige Technologie. Sie bietet den ökologischen Vorteil der Erzeugung von Biogas und dient damit dem Klimaschutz.

1125 Wir Grünen in der Region haben die Müllverbrennung immer grundsätzlich abgelehnt.

1130 Erst aufgrund des skandalösen Störfalls in der Müllverbrennungsanlage Lahe im März 2005 wurde die technische Möglichkeit unterbunden, die Rauchgasfilter zu umgehen. Grüne haben sich für eine völlige Aufklärung, die tägliche Veröffentlichung der Abgaswerte

1135 und einen Notfallplan eingesetzt. Die Tageswerte der Schadstoffe im Abgas werden seitdem von der Betreiberfirma BKB Hannover täglich ins Internet gestellt. Sie lässt einen Störfallplan erarbeiten. Die Vorgehensweise der zuständigen Behörden bei Störfällen ist geklärt. Der verantwortliche Techniker der Herstellerfirma wurde verurteilt.

1140 Um eine wirksame Kontrolle der MVA zu gewährleisten, fordern wir, dass die dafür zuständige Gewerbeaufsicht des Landes mit ausreichend Personal ausgestattet wird, um ihren Kontrollaufgaben nachkommen zu können. Sie sollte auch die Koordinierung bei der

Biologische Abfallbehandlungsanlage Lahe

In der Biologischen Anlage (BA) durchläuft der Restabfall kontrolliert die Zersetzungssprozesse in nur neun Wochen, die auf der klassischen Deponie Jahre dauern. Nach der mechanischen Aufbereitung folgt für den feinen, organikreichen Teil des Abfalls zunächst ein gut dreiwöchiger Gärprozess unter Sauerstoffabschluss. Dabei wird der Abfall von Bakterien zersetzt und für die Stromerzeugung nutzbares Biogas produziert. Anschließend folgt die etwa sechswöchige Nachrotte, während der unter kontinuierlicher Belüftung Mikroorganismen am Werke sind. Am Ende hat der Müll rund 40% seines Gewichts verloren und kann deponiert werden, ohne dass sich schädliche Gase und Sickerwässer bilden.

- 1145 Abwehr von Gefahren nach Störfällen übernehmen. Wir befürworten die Einrichtung eines Nachbarschaftsdialogs und unterstützen Bürgerinitiativen, die sich für verstärkte Anstrengungen bei der Luftreinhaltung einsetzen.
- 1150 Es muss verhindert werden, dass lokale Verbrennungszentren mit hohem Ausstoß an Luftschadstoffen entstehen. Wegen zu hoher Grenzwerte für Schadstoffe lehnen wir die Abfallmitverbrennung z.B. in Zementwerken und Ziegeleien als ökologisch nicht verantwortbar ab.
- 1155 Abfallwirtschaft in öffentlicher Trägerschaft erhalten**
2003 wurden die Abfallbetriebe des Landkreises und der Stadt Hannover unter Einschluss der Straßenreinigung in Hannover zu einem leistungsfähigen Zweckverband in Trägerschaft der Region und der Landeshauptstadt zusammengeführt. Trotz notwendiger Gebührenerhöhungen für die gesetzlich vorgeschriebene Abfallbehandlung zeichnet sich die Abfallwirtschaft der Region weiterhin durch vergleichsweise niedrige Abfallgebühren bei einem guten und vielfältigen Leistungsangebot aus. Wir setzen uns dafür ein, dass die Abfallwirtschaft weiterhin in öffentlicher Rechtsform betrieben wird und damit eine zuverlässige, verantwortungsvolle und kostengünstige Entsorgung gesichert ist.
- 1160 Wir fordern:**
- Verursachergerechte und konstante Abfallgebühren.
 - Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit zur Abfallvermeidung und Verwertung.
 - Ausweitung der Beratung zur Vermeidung und Verwertung als Dienstleistung für Gewerbebetriebe, aktives Zugehen z. B. bei Baustellenabfällen.
 - Weiterführung von Ökoprofit, einem Beratungsprojekt für Betriebe zur Schonung der ökologischen und finanziellen Ressourcen.
 - Unterstützung von Projekten zur Wiederverwertung, z. B. Bauteil-, Möbel-, Gebrauchtbörsen.
 - Versuchsweise Ausweitung der Biotonne auf verdichtete Wohngebiete im Umland, um die einzusammelnden Restabfälle zu verringern.
 - KundInnenfreundliche Abfallwirtschaft: Vervollständigung des Netzes der Wertstoffhöfe insbesondere mit dem Ziel einer besseren Versorgung der nördlichen Region; Verbesserung der Serviceangebote: auf Wunsch z. B. Container für Altpapier und für Kunststoffe/Metalle, flexibles Abfuhrsystem.
 - Leitbild aha: ressourcenschonende Beschaffung, umweltfreundlicher Fuhrpark (Müllwagen mit Gasantrieb testen, Neuanschaffungen von Dieselfahrzeugen nur mit Rußfilter, schadstoffarme Reifen).
 - Nutzung weiterer Synergien aus der Regionalisierung der Abfallwirtschaft.
 - Bessere Vermarktung des Biokompostes, Abgabe auf den Wertstoffhöfen.

Regionalentwicklung: ausgewogen und ressourcenschonend Regionalplanung

1185

Eine nachhaltige, umweltverträgliche und ressourcenschonende Raumnutzung ist so zu gestalten, dass Entwicklung bei sparsamen Umgang mit Fläche stattfinden kann, und zusätzliche Belastungen, z.B. durch Verkehr, möglichst vermieden werden.

1190

Die Umsetzung dieser Ziele geschieht unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen bestimmter Bevölkerungsgruppen (alter Menschen, Kinder, Mobilitätsbehinderter, etc.) und in Anwendung des sozialen Faktors von Gender Mainstreaming.

1195

Die Grünen wollen die Städte stärken. Wir müssen Vorsorge in unserer Region treffen. Es geht darum, die bislang im Vordergrund stehende Schaffung von Quantitäten umzukehren in eine Strategie zur Sicherung von Qualitäten. Es gilt, die Aufmerksamkeit wegzulenken von einer allgemeinen Steuerung des Wachstums, hin zu einer positiven Gestaltung des Schrumpfpfens. Hierzu gehört auch, dass angesichts der unterschiedlichen ökonomischen Entwicklung einzelner Kommunen keine dauerhaften Benachteiligungen in der Infrastrukturausstattung entstehen dürfen.

1200

Leben außerhalb der großen Ballungsräume ist für viele Menschen ein erstrebenswertes Ziel. Mit anhaltender Stadtflucht wächst aber auch der Siedlungsdruck auf die ländlichen Räume. Indem Zuwachs auf bestehende Siedlungen konzentriert und der Freiraum geschützt wird, wollen wir die Lebensqualität im ländlichen Raum erhalten. Es gilt die vielfältigen Funktionen des ländlichen Raums zu stärken und regionale Entwicklung zu fördern. Vorhandene Infrastruktur muss im Sinne der demographischen Entwicklung gestaltet und Versorgungsstrukturen müssen erhalten werden.

1205

Wir stellen uns den Herausforderungen des wirtschaftlichen und demographischen Wandels und wollen Regionalentwicklung auch in wirtschaftlich schwachen Zeiten gestalten, Regionales Denken und bürgerschaftliches Engagement fördern.

1210

In der Wahlperiode 2001 – 2006 haben wir diese Ziele voran gebracht, durch:

- Mitgestaltung des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) 2005-2010. Z.B. Sicherung von Freiflächen, Maßnahmen zur ausgewogenen Siedlungsentwicklung, Förderung regenerativer Energien und Begrenzung weiteren Bodenabbaus (Totes Moor).
- Beteiligung an Planungskonzepten, wie dem Einzelhandelskonzept, der Windenergiestudie und dem Projekt Bahnhofsumfeldentwicklung. Diese Regionalkonzepte entstehen im Arbeitsprozess mit den Kommunen und bilden so die Grundlage für eine ausgeglichene und gerechte Entwicklung im Sinne der regionalen Kooperation.
- Unterstützung der Moderation bei interkommunalen Konflikten. Ergebnisse sind u.a.: verträglichere Trassenführung der Solefernleitung Empelde sowie Einzelhandelskonzepte, die die Innenstadtangebote nicht gefährden (IKEA/Laatzen, Unger-Nachfolge/Altwarnbüchen).

1225

Herausforderung Demographischer Wandel

Die größte Herausforderung der nächsten Jahre stellt der Umgang mit dem demographischen Wandel dar. Im Jahr 2020 wird die Region Hannover 3% weniger Einwohner/-innen haben.

1230

Der Bevölkerungsrückgang, der zunehmende Anteil älterer Mitmenschen an der Bevölkerung, Bevölkerungsbewegungen und die klare Tendenz zu kleinen Haushalten werden sich erheblich auf die Entwicklung der Kommunen auswirken und besonders in den ländlichen Teilläumen die Frage nach Änderungen wie z.B. bei der Aufrechterhaltung der Infrastruktureinrichtungen, aufwerfen.

1235

Diese Veränderungen gilt es aufzugreifen und mit neuen Ansätzen und Entwicklungsstrategien in der Siedlungspolitik, der Raumordnung und bei den Infrastruktureinrichtungen zu begegnen.

	Die Region als Moderator
1240	Jede Kommune verfolgt Projekte unter den eigenen kommunalen Gesichtspunkten, aber nicht überall sind Maßnahmen im Interesse der Kommune auch für die Gesamtregion sinnvoll. Die Grünen unterstützen daher die Region Hannover in ihrer moderierenden Funktion. Dabei sind die Auswirkungen einer Maßnahme auf die Nachbargemeinden und die Sinnhaftigkeit einzelner Maßnahmen zu betrachten. Nicht jede Kommune braucht einen Windenergieanlagen-Standort, aber alle profitieren von der Etablierung regenerativer Energien in der Region Hannover. Wir setzen uns ein für die Entwicklung zukunftsfähiger, nachhaltiger und moderner Konzepte in der Regionalplanung, wie Einzelhandelskonzept, Energieregion (Bioenergie) und Regionales Raumordnungsprogramm.
1245	
1250	
	Siedlungsentwicklung ausgewogen gestalten
1255	Bei der Siedlungserweiterung ist unter Berücksichtigung der Eindämmung des Flächenverbrauchs und in Hinblick auf den demographischen Wandel eine maßvolle Entwicklung notwendig. Siedlungsentwicklung soll daher nur dort stattfinden, wo auch in Zukunft eine ausreichende infrastrukturelle Versorgung sichergestellt ist.
	Wir fordern:
1260	<ul style="list-style-type: none"> - Anbindung von Wohngebieten, Arbeitsstätten und Erholungsflächen an ÖPNV-Trassen. - Begrenzung der Siedlungsflächenzunahme. - Neue Strategien und Zielsetzungen bei der Vermarktung von Siedlungsflächen, denen nicht nur wirtschaftliche Kriterien zugrunde liegen, sondern die auch dazu führen, dass Siedlungsflächen in regionale Vorzeigeprojekte verwandelt werden, z.B. Einführung eines Wettbewerbs zur Privilegierung regional verträglicher, nachhaltiger Siedlungskonzepte.
1265	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung der Fortsetzung der regionalen Leitprojekte zur Siedlungsentwicklung auch unter dem Ansatz des Aktionsplans „Demographischer Wandel“ für die Innenentwicklung, bei der Brachenentwicklung und im Rückbau. - Interkulturelle Kompetenz bei den Neubaugebieten in der Region Hannover mit eindeutig nationalen Eigenheiten.
1270	<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung von Strategien in der Siedlungspolitik und der Raumordnung zur Sicherung von Infrastruktureinrichtungen besonders in ländlichen Räumen.
	Kein Flächenfraß auf Kosten der Lebensqualität
1275	Wertvolle Freiflächen (Naherholungsgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Frischluftschneisen) dürfen nicht weiter für Wohnbau- und Gewerbegebiete verbraucht werden. Integrierte Entwicklung heißt auch Potentiale von Brachflächen erschließen.
	Wir fordern:
1280	<ul style="list-style-type: none"> - Freiraumsicherung und Freiflächenweiterentwicklung für ein Freiflächenverbundsystem. - Die Kommunen sind bei Fachfragen der Flächenentwicklung zu fördern und ggf. mit Weiterbildungsmaßnahmen zu unterstützen.
	Brachenmanagement durchführen
1285	Die Umnutzung bereits besiedelter Flächen soll Vorrang haben vor der Ausweisung neuer Flächen. Städtebauliche Brachen gilt es als Gewerbe- und Wohnbauflächen zu reaktivieren. Dafür ist die Einführung eines Brachenmanagements wichtig.
	Region der kurzen Wege schaffen
1290	Kurze Wege bedeuten schnelle Verbindungen. Sie erhöhen die Vernetzung, begrenzen Umweltprobleme und erlauben Verdichtungen und Konzentration in geeigneten Räumen und Entlastung sensibler Räume. Maßnahmen zur Schaffung kurzer Wege sind so zu entwickeln, dass die tatsächlichen, alltäglichen Bedürfnisse der Bewohner/-innen im Vordergrund stehen und möglichst vielen

1295 Haushalten ein komfortables Leben ermöglicht wird. Naherholungsgebiete und Infrastruktureinrichtungen (Einzelhandel, Dienstleistungen) sollten auch ohne Auto für möglichst viele Menschen in der Region erreichbar sein.

Wir fordern:

- 1300 - Förderung der Siedlungsentwicklung entlang der S-Bahnstrecken.
- Überarbeitung des ÖPNV-Netzes in Hinsicht auf intelligente, wirtschaftlich sinnvolle und sozialorientierte Lösungen für den ländlichen Raum unter Berücksichtigung des demographischen Wandels.
- Einsatz für den Erhalt lokaler Naherholungsgebiete.
1305 - Erhalt und Stärkung auch von dezentralen Infrastruktureinrichtungen z. B. Einzelhandel und Dienstleistungen.

EUROPA und die Metropolregionen stärken

Die Zukunft gehört den Regionen; in Europa wie in Deutschland. Damit sich die Region Hannover in diesen Kontext und in den Austausch einbringen kann, muss sie sich vernetzen. Gemeinsam sind wir stark. Dazu gehört ihre aktive Rolle in der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen. Die ersten Projekte der Metropolregion wurden bereits gestartet. Aber noch fehlen eine gemeinsame Identität als Metropolregion und eine klare Organisation. Wir Grünen in der Metropolregion haben uns als Gruppe organisiert und forcieren grüne Themen wie die Förderung regenerativer Energien und den Ausbau der Klimaschutzaktivitäten für die gesamte Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen.

Wir fordern:

- 1320 - Weiterentwicklung der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen unter Berücksichtigung folgender Kriterien:
- Demokratisierung (Beteiligung der Politik)
- Transparenz (breite Öffentlichkeitsarbeit und Informationspolitik der Metropolregion)
- Beteiligung der Öffentlichkeit am Prozess der Metropolregionswerdung
- Einbindung der kleineren Kommunen und der „Fläche“ in den Metropolisierungsprozess
1325 - Übernahme des Städtenetzes in die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen
- Förderung des Austausches der Region Hannover mit anderen Regionen im Inland (z.B. Braunschweig, Stuttgart, München) und Ausland (z.B. Wien/Österreich, Öresund-Region/Schweden und Dänemark, Oulu/Finnland).
1330 - Schaffung und Sicherung von Gremien zum interregionalen Austausch (z.B. regelmäßige gemeinsame Ausschüsse).
- Unterstützung von Partnerschaften mit anderen Regionen.

1335

1335 **Naherholung: wohnortnahe Erholung und regionsweite Vernetzung**

Regionale Naherholung

- Regionale Naherholung wird von allen Kommunen und der Region gemeinsam finanziert, sie ist regional lenkend und ausgleichend und bringt allen Kommunen Standortvorteile.
- 1340 Die Bevölkerung erhält durch ein System miteinander verbundener Naherholungseinrichtungen die Möglichkeit wohnort- und arbeitsplatznaher Erholung. Das erhöht die Lebensqualität.
- Regionale Naherholung erfüllt Aufgaben des Umweltschutzes, da zum einen Ziele des Naturschutzes - wie die Schaffung von Rückzugsräumen für Flora und Fauna sowie die Sicherung von Freiräumen – berücksichtigt werden und zum anderen durch die Verknüpfung mit dem Verkehrsumweltverbund (ÖPNV¹, SPNV², Rad- und Fußverkehr) eine umweltfreundliche Mobilität gefördert wird.
- 1345 Die Naherholung ist außerdem ein bedeutender „weicher“ Standortfaktor für Ansiedlungen von Unternehmen. Sie trägt mit ihrem positiven Image, besonders im Bereich Tourismus, maßgeblich zum wirtschaftlichen Wachstum der Region bei.
- 1350 In der jungen Region Hannover wirkt die Regionale Naherholung als Bindeglied der Kommunen zudem identitätsstiftend und integrierend.
- Diese Aufgaben gilt es zu sichern und auszubauen.
- 1355 In der Wahlperiode 2001-2006 haben wir uns erfolgreich eingesetzt für:
- Umweltverträglichen und nachhaltigen Tourismus (z.B. Tourismusleitbild Steinhuder Meer).
 - Konzentration auf drei Leitthemen: Radwegenetz; Themenrouten (wie Grüner Ring, Deisterkreisel, Route der Industriekultur), Gartenregion 2009.
- 1360 - Schaffung von Arbeitsplätzen bei Naherholungseinrichtungen (z.B. im Straßenbahnmuseum Wehmingen).
- Förderung kommunaler Projekte mit regionaler Ausstrahlung (Wietzepark Langenhagen/Isernhagen, Herrenhäuser Gärten/Hannover).
 - Thematische Verknüpfung der Naherholung mit Denkmalpflege und Kultur (z. B. Kalkbrennofen Willy-Spahn-Park) sowie Natur- und Landschaftsschutz (z.B. Misburger Mergelgruben, Breite Wiese/Nasse Wiese).
 - Sicherung und Ausbau von Attraktionen (z.B. Trip'sche Anlage/Gehrden, Grotte Herrenhäuser Gärten/Hannover).
 - Entwicklung des Zoos Hannover zum überregionalen Naherholungsziel.
- 1370 **Für die Wahlperiode 2006 – 2011 fordern wir:**
- Projekt Gartenregion 2009 durchführen
- Dieses Leuchtturmpunkt der Region soll die Vielzahl der Gärten und Gartenkulturen neu herausstellen und die regionale Gartenlandschaft mit attraktiven Gartenwegen durch kulturelle Veranstaltungen vernetzen. Dabei sind auch Parkanlagen mit Industriedenkmälern (Zechenpark Barsinghausen, Mergelgrube Misburg) einzubeziehen.
- 1375 Das gemeinsame Projekt soll die regionale Identität stärken und die (Wieder-) Belebung und Sicherung der Regionalen Naherholung bewirken. Die einzelnen Projekte sollen nachhaltig gesichert werden, damit sie auch nach 2009 der Bevölkerung noch zur Erholung zur Verfügung stehen. Die Kommunen sind bei der Realisierung attraktiver Projekte zu unterstützen und Vereine, Verbände etc. bei ihren Aktivitäten zu fördern.
- 1380 Finanziell und thematisch wird eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung/Tourismus angestrebt.
- 1385

¹ ÖPNV= Öffentlicher Personennahverkehr (=Busse und Stadtbahnen)

² SPNV= Schienengebundener Personen-Nahverkehr (= S-Bahnen, Regionalbahnen und Regionalexpress)

- Naherholung für die Bevölkerung sichern**
 Für die Bürger und Bürgerinnen der Region Hannover sind umfassende Naherholungseinrichtungen abzusichern. Unser Ziel ist die Hervorhebung der Naherholungsqualitäten der Region.
 1390 Inhaltliche Schwerpunkte sind dabei die Vernetzung der Standorte untereinander und die Gartenregion 2009 als Leitprojekt.
- Regionale Naherholung zum Nutzen der Kommunen**
 1395 Naherholung kennt keine Gemeindegrenzen. In der Regionalen Naherholung werden daher lokale Naherholungeinrichtungen auch in ein regionales Gesamtkonzept eingefügt. Dabei erfüllt die Region Hannover eine wichtige Rolle als Moderator, die aus dem Wunsch der Kommunen hervorgeht, eine Naherholung zu haben, die regional gelenkt und gemeinsam finanziert wird. Damit werden finanzielle und strukturelle Ungerechtigkeiten
 1400 vermieden. Denn es kann nicht angehen, dass z.B. die Deistergemeinden allein für Investitionen bei der Anlage von Wanderwegen und Naherholungseinrichtungen aufkommen sollen, die zum großen Teil von Erholungssuchenden aus Hannover beansprucht werden. Die Regionale Naherholung gleicht das durch eine übergeordnete Planung aus und übernimmt einen Teil der Kosten. Die Kommunen werden nicht allein gelassen, der
 1405 Erholungswert der Gesamtregion wird gesichert. Die regionale Naherholung leistet damit einen Beitrag zur regionalen Kooperation, trägt zur Konfliktentschärfung und Harmonisierung bei und schafft einen einheitlichen Naherholungswert.
 Das ist bisher erfolgreich gelungen und soll so weitergeführt werden.
- Wir fordern:**
 1410 - Anschubfinanzierungen für Naherholungsprojekte mit regionaler Ausstrahlung (z.B. Zechenpark Barsinghausen).
 - Regionale Konzepte (z. B. Umweltverträgliche Naherholungskonzepte).
 1415 - Einheitliche Leit- und Informationssysteme (für die Rad- und Fußwanderwege).
- Vernetzungen in der Naherholung schaffen**
 1420 1000 km Rad- und Fußwegenetz verbinden die Naherholungsgebiete. Dieses Freizeitwegenetz dient der Erholung und schafft in Verknüpfung mit dem Radwegebedarfsnetz an den Kreisstraßen, ein funktionierendes Rad- und Wanderwegenetz, das zügige, umwegfreie, verkehrssichere und gefahrlose Wegeführungen bietet.
- Wir fordern:**
 1425 - Fortführung des eigenständigen regionalen (Freizeit-) Fuß- und Radwegenetzes (wie Deisterkreisel, Grüner Ring).
 - Sicherung und Unterstützung des Ausbau der Themenrouten (z.B. Route der Industriekultur, Erlebnisroute, Welfenweg).
 - Unterstützung und Förderung von Naherholungsprojekten entlang der Routen.
- Zoo Hannover stärken**
 1430 Die Grünen stehen zum Zoo Hannover und befürworten das Projekt Yukon Bay. Die Finanzierung wird - wie in der Vereinbarung von Zoo und Region beschlossen – je zur Hälfte von Region und Zoo (durch Sponsorengelder) geleistet. Wir bestehen auf der Einwerbung von Mitteln Dritter, weil die Region Hannover angesichts drängender anderer Aufgaben z.B. im sozialen Bereich und im Nahverkehr nur begrenzte finanzielle Spielräume hat.. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des Zoos ein, als Naherholungseinrichtung, aber auch wegen seiner wichtigen Aufgaben in der Bildung (Zooschule) und beim Artenschutz ein.
- 1440

- 1440 **Region Hannover als Zukunftsstandort stärken**
Grüne Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der Region Hannover
- Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation ist auch in der Region Hannover größeren Veränderungen ausgesetzt. Auch in Zukunft gilt es, sie erfolgreich zu lenken.
- 1445 Die regionale Wirtschaftsförderung muss ihren Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung des Wirtschaftlebens in der Region leisten. Dazu zählen Präventionsmaßnahmen, wie rechtzeitige Insolvenzberatung und Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitnehmer/-innen und Arbeitgeber/-innen, sowie intensive Öffentlichkeitsarbeit über neue Entwicklungen und Trends.
- 1450 Gefragt sind dabei außergewöhnliche Ideen und Ansätze, um neue Wirtschaftszweige zu erschließen und die Wirtschaft vielfältiger und damit wettbewerbsfähiger zu gestalten. Der demographische Wandel, der ab 2010 die Region deutlich verändern wird, stellt auch die Wirtschaft vor neue Herausforderungen – und birgt neue Chancen.
- 1455 Im Jahr 2020 werden in der Region Hannover wesentlich mehr ältere Mitmenschen leben. Diese Menschen haben besondere Bedürfnisse, aber auch eine gewisse Finanzkraft und sind damit in zweierlei Hinsicht ein interessanter Wirtschaftsfaktor.
- Mit *hannoverimpuls* ist die Region Hannover erfolgreich in die Förderung der Zukunftsbranchen eingestiegen. Außerdem wurde die Kooperation von Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen mit Unternehmen gefördert, z. B. beim Produktionstechnischen Zentrum in Garbsen.
 - Die Existenzgründungsberatung für Migranten /-innen wurde ausgebaut.
 - Mit der Unterstützung der Gründung der hannover innovation funds GmbH (hif) wurde ein Instrument der regionalen Wirtschaftsförderung zum Zweck der Finanzierungshilfe für GründerInnen geschaffen.
 - Der IT-Standort EXPO-Ost konnte weiter ausgebaut werden.
- Silber für die Region Hannover**
- 1470 "Junge Alte" sind längst keine zu versorgende Randgruppe mehr, sondern führen ein aktives und selbstbestimmtes Leben mit Ansprüchen an die Lebenskultur, das Wohnumfeld und den Wirtschaftsraum. Gesellschaft und Wirtschaft sollten dies als Chance aufgreifen. Mit der „Silver Economy“ soll in der Region ein Wirtschaftszweig etabliert werden, der sich speziell auf Dienstleistungen, Produkte und Angebote für ältere Mitmenschen ausrichtet.
- 1475 Zu den Leistungen in diesem Wirtschaftssektor gehören Multimedia-Unterstützung für ältere Menschen, Arbeiten mit alternden Belegschaften, Senioren/-innentourismus und Management für ambulante und stationäre Altenhilfeeinrichtungen. Aber auch senioren/-innen-orientiertes – also barrierefreies und nutzerfreundliches - Design von Produkten und Dienstleistungen, verbunden mit einem Marketing, dass besonders ältere Menschen anspricht, sind zu fördern.
- 1480 Ergänzend sind alternative Formen des seniorengerechten Wohnens zu entwickeln, unter Berücksichtigung von barrierefreiem Planen und Bauen sowie spezieller Wohnraumanpassung. Die Region Hannover soll sich zu einem Zentrum der Silver Economy im norddeutschen Raum entwickeln und Maßstäbe für andere Bereiche und Räume setzen.
- 1485 **Umwelttechnologien fördern: Arbeit schaffen und die Wirtschaft ankurbeln**
- 1490 Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz nützen nicht nur der Umwelt (siehe Kapitel „Klimaschutz und Energie“), sondern sind auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und ein Schwerpunkt grüner Wirtschaftspolitik. In den vergangenen Jahren sind im Bereich der Umwelttechnologien viele neue Arbeitsplätze entstanden. Außerdem profitieren die regionalen Unternehmen durch Investitionen v.a. bei der energetischen Sanierung von Gebäuden, wie durch Maßnahmen der Wärmedämmung und der Installation leistungsfähiger ökologischer Heizungsanlagen. Das kommt besonders den kleinen und mittleren Betrieben im Handwerk zugute.

Wir fordern:

- Verfünffachung der von der Region bereitgestellten Mittel zur Förderung innovativer Energieerzeugung auf 1 Mio. Euro jährlich. Jeder Zuschuss in diesem Bereich mobilisiert 7 Euro an Folgeinvestitionen.
- Weiterführung der Programme zur energetischen Sanierung von Gebäuden.
- Weiterführung des Programms Öko-Profit, dass besonders ressourcenschonende und kostensenkende Ideen in Betrieben belohnt und fördert.

Den Standort entwickeln

1500 1505 Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung des Wirtschaftslebens in der Region Hannover ein und fordern daher die Fortführung des Projektes hannoverimpuls und die Fortsetzung der Standardaufgaben der regionalen Wirtschaftsförderung:

- Arbeit des Unternehmertreffs (z.B. Lotsenfunktion)
- Messeaktivitäten

1510 1515 Die Beteiligungsgesellschaften Hannover-Region-Grundstücksgesellschaft und Technologie-Centrum-Hannover-GmbH werden weiter aktiv unterstützt.

Außerdem gilt es in Zukunft, den Dreiklang des erfolgreichen Standortmarketings von Marketing, Tourismus und Standortförderung in der regionalen Wirtschaftsförderung zu vereinen und langfristig in einer Gesellschaft zusammenzuführen.

Hannoverimpuls zukunftsfähig gestalten

Hannoverimpuls hat dem Arbeitsmarkt wichtige Impulse gegeben. Das erfolgreiche Projekt soll - wie vorgesehen - bis 2012 fortgesetzt werden.

1520 1525 Allerdings sind die Bedingungen zu verändern. Das Konzept ist aufgrund der gewonnenen Erfahrungen an die tatsächlich schon vorhandenen und noch realisierbaren Projekte anzupassen. Das bedeutet, dass innerhalb des Projektzeitraumes ca. 10 000 neue Arbeitsplätze entstehen sollen und das Projekt mit der Hälfte der noch eingeplanten Finanzmittel – also mit 6 Mio. € statt 12 Mio. € Regionsanteil – umzusetzen ist.

Die erfolgreiche Gender-Mainstreaming-Initiative bei hannoverimpuls wird fortgesetzt.

Regionsmarketing zusammenführen

Wir Grünen fordern eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Hannover und der Region Hannover beim regionalen Marketing. Dazu soll eine gemeinsame Marketing-AG für die gesamte Region Hannover eingerichtet werden, die alle 21 Kommunen der Region Hannover vermarktet.

1530 1535 Dabei sind die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen der touristischen Subregionen zu berücksichtigen. Der Städte tourismus der Landeshauptstadt Hannover und der Erholungstourismus der anderen Regionskommunen sind gleichermaßen wichtig für die touristische Entwicklung der Region Hannover.

Das bedeutet entweder die totale Umstrukturierung der bestehenden Hannover Marketing-Gesellschaft (HMG) der Landeshauptstadt Hannover oder die Bildung einer neuen Gesellschaft.

1540 1545 Tourismus stärken

Der Tourismus ist als bedeutender Wirtschaftsfaktor der Region zu stärken.

Die Region Hannover verfügt über ein gutes Potential an touristischen Besonderheiten.

Diese lassen sich aber erst dann erfolgreich vermitteln, wenn eine gemeinsame Bewerbung und Vermarktung der Angebote sowie eine optimale und integrierte Betreuung der Besucher/-innen geschaffen wird.

Dabei sind überholte Einzelkonzeptionen abzulegen und eine Gesamtstrategie für die gesamte Region Hannover zu entwickeln.

Die Region Hannover wird sowohl von Familien und Senioren/-innen als auch von Geschäftsreisenden besonders häufig besucht. Das Gästespektrum ist also sehr vielfältig.

1550 Das ist einerseits eine Stärke, andererseits aber auch eine Schwäche des Regionstourismus, da eine klare Zuordnung erschwert wird.

Um noch erfolgreicher zu werden, muss daher das Tourismusangebot der Region Hannover klare Alleinstellungsmerkmale erhalten. Das soll erreicht werden durch gemeinsame Projektthemen, als verbindende Elemente, und durch einzelne Großprojekte, wie z. B. die Gartenregion 2009 (siehe Kapitel Naherholung).

Gründungsaktivitäten entwickeln

Existenzgründungen – eine besondere Chance für Migranten/-innen

1555 Das Gründungspotential von Migranten/-innen leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wirtschaftsförderung, u.a. weil speziell bei Migranten/-innen der Trend zu größeren - mit Wachstumsschancen versehenen – Projekten zu beobachten ist. Diese schaffen viele Arbeitsplätze und reichen weit über den Wirkungskreis der Region Hannover hinaus.

Gründungsfinanzierung verbessern

1560 Der hannover-innovation-fonds (hif) ist als Instrument der regionalen Wirtschaftsförderung zu sichern und bei Bedarf zu erweitern, da er Gründer/-innen die Finanzierung erheblich erleichtert.

Kleine und mittlerer Unternehmen (KMU) fördern

1565 Kleine und mittlere Unternehmen sind wegen ihres Beschäftigungspotentials entscheidende Motoren für die Beschäftigung in der Region Hannover.

1570 Wir fordern für die kleinen und mittleren Unternehmen:

- 1575
- Sicherung des Fortbestandes und Förderung des Wachstums.
 - Verbesserung der Zusammenarbeit von Interessenverbänden und Region Hannover; v.a. durch Herbeiführung einer konstruktiveren Mitarbeit der Industrie- und Handelskammer.
 - Förderung von Unternehmen im Bereich Umwelttechnologien.
 - Förderung von Netzwerken zum Wissenstransfer.

1580

Wettbewerbschancen durch Weiterbildung der Mitarbeitern/-innen verbessern

- Investition in die Infrastruktur von Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen.
- Anbieten von Qualifizierungsmaßnahmen mit dem Ziel des lebenslangen Lernens.
- Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen der Unternehmen in der Technologieanwendung, beim Generationswechsel und bei der Arbeitszeitorganisation.
- Verknüpfung arbeits- und strukturpolitischer Maßnahmen z.B. in der EU-Förderung.

Gewerbeflächen entwickeln

- 1590
- Schaffung eines regionalen Flächenpools für zukünftige Gewerbeflächen.
 - Unterstützung der Bildung interkommunaler Gewerbegebiete.
 - Steuerung und Förderung des zukünftigen Flächenbedarfs, z.B. durch funktionellen Ausgleich für Gemeinden, die auf die Ausweisung eigener Gewerbegebiete verzichten, da sie nicht an den vereinbarten begünstigten Entwicklungsorten liegen.
 - Strategische Neuausrichtung der Hannover Region Grundstücksgesellschaft (HRG) unter Überprüfung ihrer regionsrelevanten Aufgaben.
- 1595

Mobilität für alle

Grüne Verkehrspolitik in der Region

- 1600 Verkehrspolitik für die Region Hannover ist umweltbewusst, sozial, attraktiv und effizient. Sie sichert die Mobilität für alle und dient mit der Prioritätensetzung für den Umweltverbund (Rad, Fuß, ÖPNV³, SPNV⁴) den Umwelt- und Klimaschutzzielen der Region. Mit attraktiven, ökologischen Alternativen zum motorisierten Individualverkehr werden die Lärm- und CO₂-/Feinstaub-Belastung gemindert und die Sicherheit im Verkehr erhöht. Das führt zu einer Verbesserung der Umweltqualität des Raumes und der Lebensqualität der Bevölkerung.
- 1605 Die Region Hannover ist verantwortlich für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), den Schienengebundenen Personen-Nahverkehr (SPNV) und die Kreisstraßen. Diesen Aufgabenfeldern in grünem Sinne gerecht zu werden, bedeutet eine Schwerpunktförderung von Stadtbahn-, Bus-, S-Bahn- und Radverkehr sowie die Sorge für einen sicheren und gefahrlosen Zustand der Straßen.
- 1610 Auch die verschärzte soziale Lage und die steigenden Benzinpreise erfordern eine Stärkung der Nahverkehrs.
- 1615 In der grünen Verkehrspolitik der ersten Regionsjahre konnte Folgendes erreicht werden:
- Verknüpfung des Freizeit- mit dem Radwegenetz entlang der Kreisstraßen zu einem durchgängigen Radwegenetz in der Region.
 - Einführung des ÖPNV-Rates, der als Fahrgastbeirat mit Vertretern /-innen der Verkehrsinitiativen und -verbände der Verwaltung und Politik beratend beisteht.
- 1620 - Schaffung eines bequemen Verknüpfungspunktes mit der Stadtbahn durch Umbau des Bahnhofs Linden.
- Planung der Umsteigeanlagen Waldhausen und Braunschweiger Platz.
 - Erweiterung der Kooperationstarife zwischen der Region Hannover und den benachbarten Landkreisen (Regionaltarif für Celle, Peine, Schwarmstedt und Schaumburg; Sondertarife mit Nienburg und Hildesheim).
- 1625 - Ausschreibung der ersten Eisenbahnlinie (Uelzen-Hannover) und dadurch besserer Service und Kosteneinsparungen im Schienengebundenen Personen-Nahverkehr (SPNV).
- Durchführung des Projektes Bahnhofsumfeldentwicklung: Untersuchung von neun Bahnhöfen und Erstellung von Rahmenplänen unter der Zielsetzung, die Bahnhöfe stärker in den Mittelpunkt des städtischen Gefüges zu rücken und das Bahnhofsumfeld attraktiver zu gestalten.
 - Verdichtung des Stadtbahnverkehrs zum Kronsberg vom 15-Minuten- auf den 10-Minuten-Takt.
- 1630
- 1635
- Herausforderung Demographischer Wandel**
- Der Bevölkerungsrückgang und die Bevölkerungsverlagerungen werden erhebliche Auswirkungen auf den Öffentlichen Personennahverkehr in der Region Hannover haben. Außerdem werden sich durch die Abnahme der Schüler/-innenzahlen strukturelle und finanzielle Veränderungen ergeben. Diese werden sich besonders auf das Bedienungsangebot im ländlichen Raum auswirken.
- Auch der zunehmend größer werdende Anteil älterer Personen in der Bevölkerung erfordert neue Formen des Nahverkehrs in der Fläche.
- 1640
- 1645
- Barrierefreiheit schaffen**
- Der Nahverkehr muss für alle Bevölkerungsteile zugänglich sein – ganz besonders für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

³ ÖPNV= Öffentlicher Personennahverkehr (=Busse und Stadtbahnen)

⁴ SPNV= Schienengebundener Personen-Nahverkehr (= S-Bahnen, Regionalbahnen und Regionalexpress (derzeit von DB Regio und Metronom))

1650 Das sind vor allem Menschen, die ganz besonders auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind. Menschen mit gesundheitlichen oder auch wirtschaftlichen Einschränkungen. Aber auch ältere Menschen und Menschen, die mit Kindern, Hunden, Gepäck oder Fahrrad unterwegs sind, alle BürgerInnen, profitieren von leicht zugänglichen und einfach zu nutzenden Verkehrssystemen. Mit dem Abbau von Barrieren, mit klaren und für alle Menschen zugänglichen Informationen, Bauten und Fahrzeugen sichern wir die Integration und Teilhabe aller BürgerInnen. Gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel – und nicht zuletzt aus ökologisch-ökonomischen Interessen – soll die Region Hannover hierin wegweisend werden.

1655

Wir fordern:

- Ausrüstung der Haltestellen mit Fahrstühlen, Hochbahnsteigen bzw. Buscaps nach den Prioritäten: Fahrgastaufkommen und Nutzer/-innenbedürfnis.
- gute Orientierungsmöglichkeiten (gut lesbare Schrift, akustisch verständliche Ansagen, Leitlinien)
- barrierefreier Umbau des ÖPNV und SPNV
- angemessener und verlässlicher Einsatz behindertengerechter Fahrzeuge.

1665 **Radverkehr ausbauen**

Radverkehr ist ökologisch, gesund - und kostet nicht viel. Für die Bevölkerung und für die Kommunen erfüllt er eine wichtige Rolle im Berufsverkehr und bei der Freizeitgestaltung und Erholung.

1670 **Wir fordern:**

- Schaffung eines durchgängigen Netzes von Radwegen quer durch die ganze Region in Verknüpfung des Freizeitradwegenetzes der Naherholung mit den Radwegen entlang der Straßen.
- Ausbau und bauliche Verbesserung der Radwege an den Kreisstraßen.
- Sichere und umfassende Abstellmöglichkeiten für Fahrräder.
- Weiterführung des Fahrradgaragen⁵-Programms an Bahnhöfen. Umsetzung des einstimmigen Beschlusses des rotgrünen Änderungsantrags von 2001, die Bahnhöfe aller Mittelzentren in der Region mit „Fahrradgaragen“ auszustatten, d.h. solche Anlagen noch in Wunstorf, Seelze und Neustadt einzurichten.
- Sicherung der Fahrradmitnahme in Bussen und Bahnen.
- Verbesserung der Mitnahme von Rädern in Bussen der RegioBus Hannover GmbH.

Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sichern und ausbauen

Nahverkehr ist für alle da: Wir setzen uns ein für die Stärkung von Fahrgastrechten durch Kunden/-innengarantien und die bessere Einbindung des ÖPNV-Rates in die politische Arbeit.

Die Attraktivität des Nahverkehrs ist mit einem Programm zur Sicherheit und Sauberkeit an sämtlichen Haltestellen und der Unterstützung des Ausbaus der Bahnhöfe in der Region zu attraktiven Reisezentren zu fördern. Des weiteren soll der ÖPNV mit Carsharing-Modellen verknüpft werden.

1690 Es ist ein regionaler Verkehrsentwicklungsplan zu erstellen. Die grünen Verkehrsziele sind außerdem in den Nahverkehrsplan 2008 einzubinden. Dabei sind besonderes auch die Mobilitätsbedürfnisse von Frauen und Mädchen zu berücksichtigen.

1695 Wir befürworten die Stadtbahnverlängerung nach Misburg/Meyers Garten und setzen uns ein für eine weitere Prüfung der Stadtbahnverlängerungen nach Hemmingen und Garbsen sowie der Verbindung City-Zoo.

Busverkehr in der Fläche fördern

⁵ Fahrradgarage (bisher „Fahrradkäfig“ genannt), ist nach Nahverkehrsplan 2003 eine Abstellanlage für Fahrräder, die aus mehreren Radanlehnbügeln besteht, welche überdacht und mit einem Gitter umzäunt sind.

	<p>Angesichts der demographischen Entwicklung ist langfristig mit dem Wegfall der Schüler-/innenverkehre in einigen Ortsteilen zu rechnen, welche heute gerade in kleineren Ortschaften einen relativ geregelten Nahverkehr in der Hauptverkehrszeit garantieren. Außerdem wird auch auf dem Lande die Zahl der älteren Personen zunehmen, die nicht mehr Auto fahren können.</p> <p>Für ländliche Siedlungen ist daher die Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr zu sichern, die aus verkehrlicher Sicht, aber auch sozialen und wirtschaftlichen Gründen von hoher Bedeutung ist. Denn ÖPNV trägt auch zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur im ländlichen Raum bei – und damit zur Sicherung des Lebens auf den Dörfern.</p> <p>Für den ländlichen Raum sind zusätzlich alternative Bedienungsmodelle wie Ruftaxis, Anrufsammeltaxis, etc. einzusetzen.</p>
1710	<p>Bau der Umsteigeanlagen Waldhausen und Braunschweiger Platz umsetzen</p> <p>Optimale Umsteigeanlagen für Stadtbahnen, Busse, S-Bahnen und Züge ermöglichen einen schnellen und unkomplizierten Umstieg. Sie erhöhen damit nicht nur die Attraktivität des Nahverkehrs sondern tragen zur Steigerung der Fahrgästzahlen bei.</p>
1715	<p>V.a. der Ausbau der Umsteigeanlagen Waldhausen und Braunschweiger Platz ist daher weiter zu verfolgen.</p>
	<p>Tourismus: mehr mit dem ÖPNV!</p> <p>Der Tourismus in der Region Hannover ist zu fördern. Deshalb ist auch die Erreichbarkeit der touristischen Ziele mit dem Nahverkehr zu entwickeln.</p> <p>Erholungssuchende aus den Städten müssen die Naherholungsziele auf dem Lande, wie das Steinhuder Meer und den Deister, auch autofrei, sicher und komfortabel erreichen können.</p> <p>Gute Verbindungen im Freizeitverkehr sind positiv für die Erholungsziele, die Freizeiteinrichtungen und die Gesamtregion.</p> <p>Bestimmte Freizeiteinrichtungen können sich planerisch und finanziell an der Verkehrsanbindung mit dem Nahverkehr - wie Shuttle, Kleinbahnen, etc. - beteiligen.</p> <p>Desweiteren wird – analog zur HannoverCard der Landeshauptstadt Hannover - eine HannoverRegionsCard gefordert, die die Nutzung aller Busse und Bahnen in der Region Hannover und Ermäßigungen für Museen, Theater, Sehenswürdigkeiten etc. beinhaltet.</p>
	<p>Fahrgastbetreuer/-innen und Schaffner/-innen in Bahnen einsetzen</p> <p>In Anlehnung an die positiven Erfahrungen z.B. der Düsseldorfer Rheinbahn und der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen, sind Fahrgastbetreuer/-innen in Bahnen einzusetzen.</p> <p>Sie verkaufen Tickets, erteilen Auskünfte und helfen Leuten beim Ein- und Ausstieg.</p> <p>Die bisherigen Erfahrungen in den o.g. Regionen zeigen, dass dieser Service bei den ÖPNV-Nutzer/-innen gut ankommt. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Kunden/-innen hat sich erhöht, Vandalismus und Schwarzfahren sind stark zurückgegangen und es wurden bis zu 27% mehr Tickets verkauft.</p>
	<p>Neue Tarifangebote entwickeln</p> <p>Verkehr endet nicht an den Regionsgrenzen. Es sind sinnvolle Tarifkooperationen mit den benachbarten Räumen und Körperschaften anzustreben. Außerdem gilt es, in Anpassung an z.B. veränderte soziale Verhältnisse, gerechte und soziale Lösungen im Öffentlichen Personennahverkehr zu finden.</p>
	<p>Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erweiterung der Kooperationstarife zwischen der Region Hannover und den benachbarten Landkreisen, so dass mit einer Fahrkarte zwischen der Region Hannover und anderen Landkreisen gefahren werden kann. - Einführung eines Gemeinschaftstarifes für die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen.

- 1755 - Einführung eines Sozialtickets für Arbeitslosengeld II-Bezieher/-innen als Pilotprojekt in zwei Jobcentern - davon eines in der Landeshauptstadt Hannover und das andere im Umland - mit gleichzeitiger Erhebung qualifizierter Daten.
- Regionsstraßenverkehr und -management ökologisch und ökonomisch gestalten**
- 1760 - Unterstützung der Kommunen bei der Verminderung des LKW-Durchgangsverkehrs.
- Schaffung eines leistungsstarken und langfristig ökonomischen Kreisstraßenmanagements durch Sicherung der notwendigen Straßensanierungsmaßnahmen und des Umbaus gefährlicher Straßenbereiche sowie durch logistisch und ökonomisch sinnvolle Bewirtschaftung der Kreisstraßenmeistereien.
- Kein Bau oder Ausbau von Straßen parallel zu Schienenverbindungen/S-Bahnsträngen.
- 1765

Regionale Kultur fördern

Grüne Kulturpolitik

1770 Regionale Kultur ist identitätsstiftend. Wer es mit der Region ernst meint, muss auch dafür sorgen, dass genügend Mittel zur Entwicklung einer regionalen Kultur zur Verfügung gestellt werden. Dabei gilt es vor allem die kommunalen Aktivitäten zu vernetzen und regional öffentlich zu machen. Darüber hinaus muss die Region eigene Veranstaltungen durchführen, um auch in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger eigenständig wahrgenommen zu werden.

1775 In der Wahlperiode 2001-2006 haben wir uns erfolgreich, dafür eingesetzt, dass die Region mehr Mittel für kulturelle Veranstaltungen, z.B. in Schloss Landestrost zur Verfügung hat. Vor allem konnten wir erreichen, dass Veranstaltungsreihen wie das Massala-Festival jetzt auch im Umland z.B. auf dem Hermannshof in Völksen stattfinden. Mit der Fusion der

1780 Landesbühne mit dem Stadtheater Hildesheim ist ein neuer leistungsfähiger Theaterbetrieb entstanden.

Für die Zukunft möchten wir mehr eigenständige regionale Kulturaktivitäten entwickeln.

1785 **Wir fordern:**

- Ausreichende finanzielle Mittel zur Durchführung eigener Veranstaltungsreihen in Zusammenarbeit mit den 21 Kommunen zur Stärkung des Regionsgedankens.
- Einbeziehung der kulturellen und sozio-kulturellen Fachgremien bei der Vergabe der Fördermittel des Landes durch die Region.

1790 - Verstärkte Kooperation mit der LHH und den anderen Kommunen bei der Durchführung von regionalen Kulturveranstaltungen.

- Ausbau der medienpädagogischen Arbeit über das medienpädagogische Zentrum in der ganzen Region.

- Aufbau einer Artothek, die es ermöglicht Bürgerinnen und Bürger Kunstgegenstände aus dem Fundus der Region auszuleihen.

Gedenken und Erinnern: die Zukunft der Gedenkstättenarbeit in der Region entwickeln

1800 Die Mahn und Gedenkstätte Ahlem in Trägerschaft der Region dokumentiert die Geschichte der Erinnerung der isrealitischen Gartenbauschule und zeichnet die Verfolgung durch den Nationalsozialismus. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Aktivitäten der Bürgerschaft, die sich das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus zur Aufgabe gemacht haben.

1805 **Wir fordern:**

- Weiterführung des beschlossenen Ausbaus der Gedenkstätte Ahlem zu einem regionalen Zentrum der Erinnerungskultur der Region Hannover und Förderung der Schülerprojektarbeit.
- Vernetzung der Aktivitäten zur Erinnerungskultur in Zusammenarbeit mit der LHH und des bürgerschaftlichen Engagements. Ziel ist es ein Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover zu gründen, dass eigenständige Aktivitäten entwickelt, wie z.B. die Schaffung eines Internet-Portals und die Durchführung neuer Formen der Erinnerungskultur.